Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus für den Kreis Düren

Das Projekt **„NRWeltoffen: Lokale Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus“** wird gefördert durch:

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

1. Vorbemerkung ... 3
2. Positionsbestimmung ... 4
3. Begriffsbestimmung ... 5
4. Extrem Rechte Organisationen, Vorfälle und Einstellungen im Kreis Düren ... 12
   a. Rechtsextremismus im Kreis Düren ... 12
   b. Rassismus im Kreis Düren ... 16
5. Strukturen im Bereich der Rechtsextremismus- und Rassismusprävention im Kreis Düren ... 19
   a. Politik, Behörden, Polizei ... 20
   b. Zivilgesellschaft, Bündnisse, Vereine, Sport ... 22
   c. Beratungsstrukturen ... 26
   d. Jugendarbeit ... 28
   e. Bildung ... 31
   f. Erinnerungskultur ... 34
6. Handlungsziele und Handlungsempfehlungen ... 37
   a. Politik, Behörden, Polizei ... 37
   b. Zivilgesellschaft, Bündnisse, Vereine, Sport ... 38
   c. Beratungsstrukturen ... 39
   d. Jugendarbeit ... 40
   e. Schulen, Kitas, Erwachsenenbildung ... 41
   f. Öffentlichkeitsarbeit ... 43

1. Vorbemerkung

Der Kreis Düren hat mit Beschluss des Kreistages am 14.12.2016 die Voraussetzung geschaffen, das Landesprojekt "Erstellung eines Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus" umzusetzen. Der Antrag an das Land NRW wurde mit dem Zuwendungsbescheid vom 07.03.2017 und dem Änderungsbescheid vom 11.05.2017 zum 01.02.2017 bewilligt.

Träger der Stelle ist der Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Düren (SKF Düren). Die inhaltliche Federführung liegt in den Händen der Sprecherkreismitglieder des Dürener Bündnisses gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt (BgR Düren). Zusätzlich wurde eine Steuerungsgruppe ins Leben gerufen, die aus Mitgliedern verschiedener Institutionen im Kreis Düren besteht und die Erarbeitung des Handlungskonzepts kritisch begleitet.

Das regionale Förderprogramm „NRWeltoffen“ sieht vor, ein lokales Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus für den Kreis Düren zu erarbeiten und umzusetzen. Dazu ist die Recherche, Analyse und Bereitstellung von Information über Gruppen und Akteure mit extrem rechter, antidemokratischer und menschenfeindlicher Gesinnung, die im Kreis Düren aktiv sind oder in den Kreis Düren hinein wirken notwendig. Darüber hinaus werden aber auch die Akteure, Maßnahmen und Aktionen erfasst, die sich bereits aktiv gegen solche Bestrebungen wenden und Präventionsarbeit leisten.

Die Ausarbeitung des Handlungskonzeptes ist als partizipativer Prozess angelegt und berücksichtigt die Erfahrungen und die Expertise verschiedener professioneller Akteure und ehrenamtlich arbeitender Initiativen, Bündnissen und Einzelpersonen. Bestehende Strukturen, Arbeitskreise, runde Tische und andere Systeme wurden aufgegriffen, um Handlungsfelder und Handlungsbedarfe zu identifizieren und möglichst umfassend in das Konzept zu integrieren. Dadurch soll gewährleistet werden, dass das Handlungskonzept an diejenigen Maßnahmen und Aktionen anknüpft, die im Kreis Düren bereits bestehen und sich bewährt haben. Auf diese Weise soll eine möglichst breite Beteiligung der Dürener Zivilgesellschaft sichergestellt werden.

Herausforderungen für die Erarbeitung des Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus sind sicherlich die räumliche Ausdehnung des Kreises Düren und dessen Lage. Bei der Arbeit auf Kreisebene begegnet man anderen politischen Strukturen als in einzelnen Städten und Gemeinden. Teilweise liegen große räumliche Distanzen zwischen den Kommunen und es lassen sich unterschiedlich ausgeprägte Bedarfe und Maßnahmen in unterschiedlichsten

Lebenswelten feststellen. Zudem liegt der Kreis Düren zwischen den umliegenden Kreisen Heinsberg, Rhein-Kreis Neuss, Rhein-Erft-Kreis, Euskirchen und der Städteregion Aachen. Durch die räumliche Nähe gibt es zahlreiche Verbindungen in die rechten Szenen der umliegenden Kreise, die schwer zu ermitteln sind und eine Grauzone darstellen.

2. Positionsbestimmung

Im Kreis Düren leben knapp 270.000 Menschen aus mehr als 130 Nationen miteinander. Angesichts der vielfältigen Wurzeln und Traditionen sind Respekt, Verständnis und Offenheit im alltäglichen Umgang unverzichtbar. Friedensgruppen, Kirchen, Gewerkschaften, politische Parteien und antifaschistische Gruppen im Kreis Düren blicken auf eine lange Tradition der Zusammenarbeit im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus zurück. Durch die Gründung des Dürener Bündnisses gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt im Jahr 2006, wurde diese Zusammenarbeit ausgebaut.

Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung sind Aufgaben staatlicher Organe wie der Polizei, den Verfassungsschutzbehörden und den Staatsanwaltschaften. In der kommunalpolitischen Verantwortung liegt es, das Gemeinwesen, also das Zusammenleben von Menschen verschiedener Nationen, Religionen und Kulturen, zu fördern. Das lokale Gemeinwesen wiederum bietet die Möglichkeit der Mitgestaltung des persönlichen Umfelds und somit einer positiven Demokratieerfahrung. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Kommune und Zivilgesellschaft im Kreis Düren ist hierfür eine wichtige Voraussetzung.

Im Jahr 2009 hat der Kreis Düren die Auszeichnung als „Ort der Vielfalt“ erhalten. Die Verleihung erfolgt auf Initiative des Bundesregierung, vertreten durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Bundesministerium des Inneren und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Grundlage für die Auszeichnung war, dass der Kreis Düren sowohl auf institutioneller Ebene als auch im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements über eine hervorragende Infrastruktur verfügt, um ein deutliches Zeichen für Vielfalt, Toleranz und Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu setzen.

Dieses Handlungskonzept soll dazu dienen, die bürgerschaftliche Beteiligung zur Stärkung des Gemeinwesens und die gesamte demokratische Kultur weiterzuentwickeln und zu stärken. Das gemeinsame Ziel ist eine Gesellschaft, die die Teilhabe aller Gruppen unserer Gesellschaft fördert und aktiv unterstützt. Es soll die Menschen im Kreis Düren für die Themen Rechtsextre-

mismus und Rassismus sensibilisieren und eine ständige, handlungsfeldübergreifende Auseinandersetzung damit herbeiführen. Dabei sollen bestehende Netzwerke und Personenpotentiale genutzt und auf Handlungsbedarfe vor Ort reagiert werden.

3. Begriffsbestimmung

In dem Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus wird mit verschiedenen Begriffen gearbeitet, deren Bedeutung unmissverständlich und einheitlich verstanden werden müssen. Daher ist es notwendig die zentralen Begriffe im Folgenden präzise zu bestimmen. Dazu sollen die Begriffe „Rechtsextremismus“, „Rassismus“, „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ und „Rechtspopulismus“ erklärt und erläutert werden. Die Definitionen orientieren sich an den Begriffsbestimmungen des „Integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ des Landes Nordrhein-Westfalen.

Rechtsextremismus

Der Begriff des Rechtsextremismus[1] ist eine Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Phänomene, die zwar viele Gemeinsamkeiten, aber auch einige Unterschiede aufweisen. In der Öffentlichkeit und der Wissenschaft kursieren verschiedene Bezeichnungen (z.B. „Rechtsradikalismus“, „Neo-Faschismus“, „Neo-Nazismus“, „Rechte“ etc.) die meist zu eng oder zu weit gefasst sind. Hinzu kommt, dass der Begriff in tagespolitischen Debatten oftmals als Kampfbegriff genutzt wird, wodurch die genaue Bedeutung in den Hintergrund gerät[2]. Daher ist eine möglichst präzise Definition notwendig.

Der Begriff Rechtsextremismus geht auf das Konzept des politischen Extremismus zurück, das wiederum als eine Sammelbezeichnung für antidemokratische Bestrebungen gilt, wobei der Demokratiebegriff synonym mit dem demokratischen Verfassungsstaat verstanden wird. Darin werden unterschiedlichste politische Phänomene mit Verweis auf ihre strukturellen Gemeinsamkeiten bei der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates als extremistisch definiert. Politischer Extremismus definiert sich also in erster Linie durch die Ablehnung der freiheitlich demokratischen Grundordnung (fdGO) und wird u.a. von den Verfassungsschutz-

[1] Von einer weitreichenden sozialwissenschaftlichen Kritik am Begriff Rechtsextremismus wird an dieser Stelle abgesehen. Die Begriffe „Rechtsextremismus“ und „extreme Rechte“ werden im Konzept synonym verwendet. Der Begriff „extreme Rechte“ wird häufig als Alternative verwendet, um die definitorischen Unterschiede zu verdeutlichen.

[2] Pfahl-Traughber, Armin (2006): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, München, S. 11.

behörden als Arbeitsbegriff verwendet. Für diese ist er hinreichend präzise, weil er sich auf ein abweichendes Verhalten von Vorschriften des Grundgesetzes und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes bezieht. Historische Bezugspunkte, Ursachen und Folgen der extremen Rechten sowie seine Bedeutung für gesellschaftlich-politische Prozesse und Strukturen lassen sich mit diesem Verständnis von Rechtsextremismus jedoch weniger fassen.[3]

Aus diesem Grund wird dem lokalen Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus ein erweitertes Verständnis des Begriffs zugrunde gelegt, welches in seinem Kern auf die Definition von Richard Stöss (2010) zurückgeht. Das Ziel ist es, in dem Konzept einen Rechtsextremismusbegriff zu verwenden, der in den vielfältigen Handlungsfeldern als Arbeitsgrundlage verwendet werden kann.

Dieser Rechtsextremismusbegriff zeichnet sich im Kern durch die folgenden Merkmale aus:

- die Verbindung von Nationalismus mit einem imperialistischen Großmachtstreben, bzw. mit einer feindseligen Haltung gegenüber anderen Staaten.
- die Negierung von universellen Freiheits- und Gleichheitsrechten.
- die Ausrichtung gegen parlamentarisch-pluralistische Systeme.
- das gesellschaftliche Leitbild einer angeblich natürlichen Überlegenheit einer imaginierten ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft“.

Diese Punkte sind ausschließlich als Kernmerkmale zu betrachten. Eine einheitliche rechtsextreme Ideologie gibt es nicht. Stattdessen gibt es höchst unterschiedliche Sichtweisen und Begründungszusammenhänge, was zur Folge hat, dass es inhaltlich unterschiedlich ausgerichtete Gruppen und verschiedenste Erscheinungsformen in der Bundesrepublik gibt.

Es besteht jedoch die Möglichkeit, sich dem Phänomen anzunähern, indem auf einen Unterschied zwischen extrem rechten Einstellungen und Handlungen hingewiesen wird. Während für den amtlichen Begriff des Rechtsextremismus die Dimension der Handlungen von besonderer Bedeutung ist, spielen die Einstellungen gerade für die Sozialarbeit und politische Bil-

[3] Vgl. Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel. Friedrich Ebert Stiftung. Projekt gegen Rechtsextremismus, Berlin, S. 10ff.

dung eine besondere Rolle. Mit Blick auf die Einstellungen lässt sich fragen, wie diese entstehen und unter welchen Bedingungen sie zu einer extrem rechten Handlung führen. Nur wenn diese und ähnliche Fragen in den Blick genommen werden, lassen sich geeignete Maßnahmen zur Prävention und Demokratieförderung entwickeln. So zeichnen sich extrem rechte Einstellungen im Wesentlichen durch einen ausgeprägten Nationalismus, Ethnozentrismus, Antisemitismus und einen positiven Bezug auf den Nationalsozialismus oder dessen Verharmlosung aus. Das Verhalten von Personen ist dann als rechtsextrem zu bezeichnen, wenn es an politischen Inhalten der extremen Rechten ausgerichtet ist und sich in Protesten und Provokationen, Wahlverhalten, Partizipation oder Mitgliedschaft in entsprechenden Gruppen, Gewalt oder Terror manifestiert[4].

Rassismus

Die Arbeit zu extrem rechten Einstellungen und Handlungen, sowie zu Rassismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen, nimmt im Landesprogramm NRWeltoffen einen besonderen Stellenwert ein. In diesem wird deutlich hervorgehoben, dass sich das Programm nicht ausschließlich gegen Rechtsextremismus wendet, sondern konkret auch Rassismus als Phänomen der „Mitte“ in den Blick nimmt.

Bevor man sich der Definition von Rassismus zuwendet, ist es notwendig darauf hinzuweisen, dass es keine wissenschaftliche Grundlage für die Einteilung von Menschen in Rassen gibt. Rassismus beruht nicht auf biologischen Fakten vor dessen Hintergrund sich Menschen in eindeutig definierbare Rassen einteilen ließen. Vielmehr handelt es sich bei Rassismus um eine soziale Praxis, bei der die vermeintlichen „Rassen“ erst hergestellt werden. Bestimmte körperliche Merkmale werden bedeutungsvoll aufgeladen und zu Merkmalen einer als „Rasse“ definierten Bevölkerungsgruppe gemacht. Untrennbar damit verbunden ist auch die Konstruktion des Gegensatzpaares „Wir“ und die „Anderen“ und die daran gekoppelte Zuschreibungen von Eigenschaften[5].

---

[4] Vgl. ebd., S. 19ff.

[5] Vgl. Hoa Anh Mai, Hanna (2016): Was ist Rassismus? Was ist Alltagsrassismus? In: Detzner, Milena/Drücker, Ansagar/Seng, Sebastian (Hrsg.): Rassismuskritik. Versuch einer Bilanz über Fehlschläge, Weiterentwicklungen, Erfolge und Hoffnung. Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismus e.V.. Düsseldorf, S. 13.

Im deutschen Alltagsdiskurs wurde und wird Rassismus häufig als ein Phänomen beschrieben, das ausschließlich am rechten politischen Rand oder im Nationalsozialismus zu verorten sei. Rassismus wird als etwas dargestellt, das nicht Teil der deutschen Gesellschaft und politischen Kultur sei und auch nicht in einer institutionalisierten Form zum Ausdruck kommen kann. Er wird als etwas wahrgenommen, das nicht sein kann, weil es nicht sein darf[6].

Anstelle des Begriffes Rassismus werden häufig Umschreibungen wie „Fremden-„ oder „Ausländerfeindlichkeit“ verwendet, die dem Rassismus in seiner Funktion jedoch nicht gerecht werden. Die Abwertung im Rassismus richtet sich tatsächlich nicht gegen „Ausländer*innen“, wie dies z.B. weiße US-Amerikaner*innen sein können. Zentrales Merkmal ist vielmehr die Abwertung von Menschen aufgrund ihres Aussehens, indem sie als „Fremde“ oder „Ausländer*innen“ wahrgenommen werden, unabhängig davon, ob diese Beschreibung tatsächlich zutrifft[7]. Dabei ist zunehmend zu beobachten, wie die ursprüngliche Differenzierung aufgrund von körperlichen Merkmalen, auch aufgrund von kulturellen Merkmalen wie z.B. religiöser Praktiken und Symbole vorgenommen wird. Diese kulturalistischen „Rassekonstruktionen“ sind in der Bundesrepublik ebenso zu beobachten, wie rassistische. Durch die soziale Konstruktion von Rassen werden Unterscheidungen plausibilisiert und legitimiert, die Ungleichheiten zur Folge haben[8]. Die Herabsetzung muss dabei nicht zwangsläufig intentional sein, genau so wenig, wie eine rassistische Diskriminierung zwangsläufig von negativen Absichten geleitet sein muss. Dies ist der entscheidende Unterschied zur extremen Rechten, die die Hierarchisierung in ein politisches Konzept überträgt, sie verschärfen und die Durchsetzung der vermeintlich natürlich „Überlegenen“ erreichen möchte[9].

---

[6] Vgl. Linnemann, Tobias/Mecheril, Paul/Nikolenko, Anna (2013): Rassismuskritik. Begriffliche Grundlagen und
Handlungsperspektiven in der politischen Bildung. In: ZEP. Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik. 36. Jg., Heft 2, S. 10.

[7] Vgl. Hoa Anh Mai, S. 12

[8] Vgl. Linnemann/Mecheril/Nikolenko, S. 11.

[9] Vgl. Rommelspacher, Birgit (2009): Was ist eigentlich Rassismus? In: Melter, Claus/Mecheril, Paul: Rassismuskritik:
Bd. 1. Rassismustheorie und –forschung. Schwalbach: Wochenschau Verl., S. 25-38.

Rassismus lässt sich demnach als ein System von Diskursen und Praxen definieren, welches historisch entwickelte und aktuelle Machtverhältnisse reproduziert und legitimiert. Im modernen Rassismus werden dabei soziale und kulturelle Unterschiede naturalisiert und als unveränderlich und vererbbar verstanden. Die Menschen werden vermeintlich homogenen Gruppen zugeordnet und einer anderen, mit dieser nicht vereinbaren und gegensätzlichen Gruppe gegenübergestellt. So werden sie zudem in eine Rangordnung gebracht. Damit ist Rassismus immer ein gesellschaftliches (Macht-)Verhältnis und wesentlich mehr als einfach nur eine Zusammensetzung individueller Vorurteile[10].

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Mit dem Konzept der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit" wird die Verbreitung von abwertenden und diskriminierenden Meinungen in der Bundesrepublik untersucht. Die Konzeption des Begriffs geht auf Wilhelm Heitmeyer zurück und wird seit 2002 in regelmäßig erscheinenden repräsentativen Studien untersucht. So werden die Einstellungsmuster gegenüber Menschen aufgrund ihrer tatsächlichen oder zugeschriebenen Zugehörigkeit zu Gruppen[11] sozialwissenschaftlich erfasst und beschrieben. Die Gruppen werden z.B. anhand von Merkmalen wie Geschlecht, sexueller Orientierung, Nationalität, Ethnie, Religion oder sozialer Herkunft gebildet. Aufgrund dieser Merkmale kommen den Gruppen gegenüber Vorurteile, negativen Stereotype, Diskriminierung, abwertende Überzeugungen und Feindseligkeiten zum Ausdruck. Als Ergebnis dessen werden Gruppen und Personen als ungleichwertig markiert, weil sie als „Andere" wahrgenommen werden[12]. So erfüllt gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit die soziale Funktion, die eigene Position zu stärken und andere abzuwerten. Sie dient der Sicherung von Dominanz und Privilegien im sozialen gesellschaftlichen Gefüge[13].

---

[10] Vgl. ebd.

[11] In der aktuellen Erhebung (2016) wurde die Abwertung von 13 verschiedenen Gruppen und ihrer Merkmale untersucht: Rassismus, Sexismus, Fremden und Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Abwertung von Sinti und Roma, Abwertung asylsuchender und geflüchteter Menschen, Abwertung homosexueller Menschen, Abwertung von Trans*Menschen, Abwertung wohnungsloser Menschen, Abwertung von Menschen mit Behinderung, Abwertung langzeitarbeitsloser Menschen, Etabliertenvorrechte.

[12] Vgl. Zick, Andreas/Krause, Daniela/Berghan, Wilhelm/Küpper, Beate: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002-2016. In: Ralf Melzer (Hrsg.): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände.
Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Dietz, S.
33.

[13] Vgl. ebd., S. 34.

Das Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wird als Syndrom beschrieben, weil die Abwertung einer Gruppe häufig mit der Abwertung von anderen Gruppen einhergeht. Unterschiedliche Elemente von Ungleichwertigkeitsvorstellungen werden miteinander verknüpft und treten in Gemeinschaft auf[14]. Darüber hinaus kommen die Autor*innen zu dem Ergebnis, dass der generelle Zusammenhang zwischen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Gewalt Sorgen bereiten sollte. Menschen, die Gewalt billigen oder selbst bereit sind diese anzuwenden, stimmen menschenfeindlichen Meinungen mit hoher Wahrscheinlichkeit eher zu[15].

Für das lokale Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus ist in diesem Zusammenhang vor allem die Erkenntnis von Bedeutung, dass Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und damit auch Rassismus und Ausgrenzung keineswegs nur Phänomene der politischen Ränder, sondern ebenfalls eindeutig in der Mitte der Gesellschaft zu verorten sind. Die untersuchten Einstellungen widersprechen jedoch dem grundsätzlichen Prinzip einer Demokratie, dass alle Menschen gleich und dementsprechend zu behandeln sind. So stellt die Verbreitung von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einen Indikator dafür bereit, inwieweit eine Gesellschaft die Grundwerte einer Demokratie mitträgt und lebt[16]. Im Kontext des Handlungskonzepts sind Aspekte der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zudem als Elemente extrem rechter Ideologie und rechtspopulistischer Argumentation zu betrachten. Für extrem rechte und rechtspopulistische Gruppen und Personen ist die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ein Bindeglied zur „Mitte der Gesellschaft“[17].

Auch deshalb ist ein großer Teil der Maßnahmen und Ziele, die im Handlungskonzept vorgeschlagen werden, präventiv angelegt und nimmt insbesondere die „Mitte der Gesellschaft“ als Zielgruppe in den Blick. Ebenso wichtig ist es die Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit auch in die geplanten Bildungsmaßnahmen und Veranstaltungsformate zu integrieren, um die jeweiligen Zielgruppen dafür zu sensibilisieren und potentiell Betroffene zu

---

[14] Vgl. ebd.
[15] Vgl. ebd., S. 78.
[16] Vgl. ebd., S. 34f.
[17] Vgl. ebd., S. 80f.

stärken. Auf lange Sicht kann dies zu einer Stärkung von demokratischen Werten und Umgangsformen führen.

Rechtspopulismus

Beim Phänomen des Populismus handelt es sich nicht um etwas, das sich zwangsläufig nur einem politischen Spektrum zuordnen lässt. Zur Unterscheidung lassen sich die Begriffe Inklusion und Exklusion verwenden, wobei sich der Begriff der Inklusion auf linken Populismus bezieht und sich mit Exklusion Merkmale beschreiben lassen, die im Rechtspopulismus Ausdruck finden. Während linker Populismus über Partizipation und Ressourcenumverteilung die Inklusion unterprivilegierter Bevölkerungsschichten anstrebt, ist rechter Populismus darauf aus, Menschengruppen auszuschließen und politische und soziale Teilhaberechte ausschließlich für als zugehörig wahrgenommene Bevölkerungsgruppen zu reservieren. Dabei ist Populismus als Relationsbegriff zu verstehen. Er zeichnet sich nicht durch eine Substanz im Sinne eines zentralen nur ihm eigenen Wertesystems aus. Dies ist seine Schwäche und Stärke zugleich, weil er sich so flexibel an verschiedene Bedingungen anpassen und (immer) in einer Anti-Beziehung zu diesen stehen kann[18].

Populismus zeichnet sich häufig durch die Berufung auf einen „common sense“ aus. Dieser umfasst einen Anti-Elitarismus, Anti-Intellektualismus, Antipolitik, Institutionenfeindlichkeit sowie Moralisierung und Polarisierung von Politik. Der „common sense“ behauptet ein gemeinsames Wissen, das auf konkreter lebensweltlicher Erfahrung beruht und daher einen unmittelbaren, unverfälschten Zugang zu Recht und Wahrheit habe und damit Intellektuellen und Politiker*innen im Wissen überlegen sei. Mit dieser Haltung ist der Populismus jedoch nur scheinbar anti-elitär, da er sich ausschließlich gegen die jeweils herrschende Elite richtet und im Ergebnis den Aufstieg einer neuen, „moralisch überlegenen“ Elite anstrebt. Derzeit findet rechter Populismus seinen Ausdruck vor allem in der Konstruktion der Gegensätze „Freiheit“ und „Unfreiheit“. Für Unfreiheit steht hier das Establishment (Kirchen, Universitäten, Medien, Gewerkschaften, Politiker*innen), welches eine ethnokulturelle Bedrohung von außen verleugne und

[18] Vgl. Priester, Karin (2012): Wesensmerkmale des Populismus. In: APuZ, Jg. 62, Heft 5-6/2012. Bonn: Bundeszentrale
für Politische Bildung, S. 3.

unter dem Vorwand der „political correctness“ Sprechverbote erteile und demokratische Werte wie das Recht auf Meinungsfreiheit negiere[19].

So stilisieren sich Rechtspopulist*innen zu Verteidigern der Demokratie und begründen damit mitunter auch ihre abwertende und abwehrende Haltung gegenüber verschiedenen „Gruppen“, deren Verhaltens- und Lebensweisen nicht mit den Werten einer Demokratie vereinbar seien. Vor diesem Hintergrund ist die Immigration im Zusammenhang mit der Überhöhung einer nationalen Identität eines der wesentlichen Mobilisierungsthemen von rechtspopulistischen Parteien[20]. Diese Haltung findet derzeit überwiegend Ausdruck in einem antimuslimischen Rassismus, der Abwertung von Flüchtlingen und Sinti und Roma[21].

4. Extrem Rechte Organisationen, Vorfälle und Einstellungen im Kreis Düren

a. Rechtsextremismus im Kreis Düren

Verschiedene Faktoren haben in den letzten Jahren zu einer Umstrukturierung der rechten Szene im Kreis Düren geführt und dafür gesorgt, dass sie zurzeit nicht mehr so stark ist wie in der jüngeren Vergangenheit. War die Region Düren, Aachen und Heinsberg in den letzten Jahren noch ein Hotspot der rechtsextremen Szene, sind dies – mit Blick auf die absoluten Zahlen – laut der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Köln (MBR Köln) mittlerweile eher Köln und das Kölner Umland[22]. In Gesprächen mit der Mitarbeiter*innen der offenen Jugendarbeit im Kreis Düren, mit Schulleitungen, ehrenamtlichen Bündnissen und Einzelpersonen zeigte sich, dass es in der jüngeren Vergangenheit nahezu keine Probleme oder Bedrohungen durch rechtsextremistische (Jugend-)Gruppen oder Einzeltäter gab. Trotzdem kommt es häufig zu Äußerungen von Jugendlichen, die rassistische oder rechtsextreme Merkmale enthalten. Auch die Schulen im Kreis Düren melden in unregelmäßigen Abständen Probleme mit rechtsextremen Aussagen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern. Auch kam es in den

---

[19] Vgl. ebd., S. 4ff.
[20] Lochocki, Timo (2012): Immigrationsfragen: Sprungbrett rechtspopulistischer Parteien. In: APuZ, Jg. 62, Heft 5 -6/2012. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 30ff.
[21] Vgl. Zick/Krause/Berghan/Küpper, S. 50f.
[22] Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Köln (2017): Pressemitteilung: Flüchtlingsfeindliche Straftaten erneut auf Rekordhoch, online: https://www.mbr-koeln.de/2017/03/14/pressemitteilung-fluechtlingsfeindliche-straftaten-erneut-auf-rekordhoch/ (02.01.2017).

letzten Jahren immer mal wieder zur Gründung von Kleinstgruppen, die sich jedoch in der Regel genauso schnell auflösen, wie sie sich gegründet haben. Daher liegt der Fokus dieses Handlungskonzeptes nicht ausschließlich auf dem Thema Rechtsextremismus, sondern insbesondere auch auf den Themen (struktureller) Rassismus, Demokratiestärkung und Menschenrechtsbildung. Trotzdem ist aufgrund der räumlichen Nähe und gewachsener Strukturen im Bereich der extrem rechten Szene weiterhin davon auszugehen, dass die extrem rechte Szene insbesondere aus dem Raum Aachen und Heinsberg in den Kreis Düren hinein wirkt und sich die Aktionsräume verschoben haben. Daher werden im Folgenden auch Gruppierungen genannt, die nicht direkt präsent sind, aber eine Wirkung auf den Kreis Düren haben.

Seit 2006 bestand im Kreis Düren ein vergleichsweise aktiver Kreisverband der ***Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)***. Bei den Kommunalwahlen 2009 konnte die Partei je ein Mandat im Stadtrat Düren und im Kreistag erreichen. Nach internen Machtkämpfen und Streitigkeiten, Parteiausschlüssen und Austritten ist der Kreisverband seit 2011 weitgehend inaktiv. Es kam zu Auseinandersetzungen der NPD mit der 2012 verbotenen Kameradschaft Aachener Land (KAL), wodurch die Organisationsstruktur der NPD weitgehend wegfiel.

Die Akteure der extrem rechten Szene in der Region organisieren sich derzeit vor allem in der Partei ***DIE RECHTE***. Der Kreis Düren ist zwar kein lokaler Schwerpunkt der Partei, allerdings gibt es Verbindungen zu dem 2013 gegründeten Kreisverband Aachen-Heinsberg. Die Gründungsfeier des Kreisverbandes fand im Kreis Düren in Nörvenich-Frauwüllesheim statt. Zudem gehören dem Regionalverband mehrere Mitglieder aus dem Kreis Düren an[23]. Nach dem Verbot der Neonazi-Kameradschaft Nationaler Widerstand Dortmund, Kameradschaft Aachener Land, Kameradschaft Walter Spangenberg (Raum Köln) und Kameradschaft Hamm im Jahr 2013 sind in NRW verschiedene Kreisverbände der Partei entstanden. Auf diese Weise haben sich die Neonazis (formal) parteiförmig organsiert, profitieren vom Parteienprivileg und wollen so einem erneuten Verbot vorbeugen. Daher ist sie in NRW ein Sammelbecken für Mitglieder der verbotenen Kameradschaften. Die Kreisverbände organisieren regelmäßige szeneinterne Veranstaltungen und treten immer wieder mit kleineren Flyeraktionen, Infoständen und Kundgebungen in der Öffentlichkeit auf. Darüber hinaus betreiben sie Öffentlichkeitsarbeit über ihre

---

Vgl. Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Köln (2017): Vor Ort. Kreis Düren, online: https://www.mbr-koeln.de/vor-ort/kreis-dueren/ [05.01.2018]

Website und die sozialen Medien. Diese werden genutzt, um das extrem rechte Weltbild der Partei zu verbreiten und für eigene Aktionen zu mobilisieren. Teilweise bezieht sich die Partei offen auf den historischen Nationalsozialismus. Es lassen sich keine Aussagen darüber treffen, welchen Erfolg die Partei mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit und ihren Mobilisierungsstrategien im Kreis Düren hat. Daher lassen sich auch keine gesicherten Aussagen darüber treffen, ob und welche konkreten Aktionen die Partei durchführt, um Mitglieder zu werben und Jugendliche anzusprechen.

Die Gruppe ***Syndikat 52*** wurde Mitte 2014 als Unterorganisation des Kreisverbandes Aachen – Heinsberg der Partei DIE RECHTE gegründet. Der Name basiert auf einer Mischung der Postleitzahl Aachens und einer Art Verbrecherorganisation. Inhaltlich und personell weist die Gruppierung zahlreiche Überscheidungen zur KAL auf. Trotzdem wird eine Verbindung bestritten und die Gruppierung als parteiliches Projekt dargestellt. Die Aktivitäten decken sich jedoch mit den ehemaligen KAL-Angeboten. So werden z.B. Computerschulungen, Konzerte, Weihnachtsfeiern, Grillabende und sportive Aktivitäten angeboten. Wie bei der KAL werden Jugendliche gezielt angesprochen und angeworben und sollen an die rechte Szene herangeführt werden[24].

Der ***Arminiusbund*** besteht aus drei Landesverbänden – Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Der Vorsitzende des Landesverbandes NRW wohnt im Hürtgenwald und bekleidet gleichzeitig den Bundesvorsitz. Die Partei hat einen starken russlanddeutschen Bezug und pflegte enge Verbindungen mit anderen rechten Organisationen. Z.B. trat der Vorsitzende 2009 als parteiloser Kandidat auf der NPD-Liste zu den Kreistagswahlen in Düren an. Im Januar 2017 rief er in einem Internetvideo zur Wahl der AfD auf. Im Raum Düren tritt die Partei hauptsächlich mit Infoständen und Kundgebungen auf (z.B. 12.02.16: Protest gegen Vergewaltigung deutscher Frauen. Einwanderung stoppen, Grenzen schließen.)

Die ***Vereinigung „Bürger stehen auf“*** ist eine rechtsextreme Gruppierung und eine Art Pegida Ableger. Es gibt Überschneidungen zu Bewegungen wie „Pro NRW“. Sie agieren im Kreis Düren vor allem in Linnich und organisieren dort seit 2015 Demonstrationen und Aktionen

---

[24] Klarmann, Michael (2017): „Syndicat 52“. Alte KAL-strukturen im Raum Aachen, Düren und Heinsberg, online: https://www.mbr-koeln.de/2017/02/15/syndikat-52-alte-kal-strukturen-im-raum-aachen-dueren-und-heinsberg/#more-5267 [05.01.2018]

gegen Flüchtlinge, Migranten und Zuwanderung im Allgemeinen. 2015 und 2016 gab es zwei Demonstrationen in Linnich und eine in Erkelenz (Kreis Heinsberg).

In Langerwehe gibt es einen **Versandhandel**, der mit Klamotten und Accessoires aus dem militärischen Bereich handelt. Laut der Mobilen Beratung Köln sind darunter auch Objekte, die die Wehrmacht glorifizieren und Kunden aus der geschichtsrevisionistischen bis rechtsextremen Szene ansprechen sollen. Der Versandhandel wird weniger aus politisch-ideologischen Gründen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen betrieben und bietet auch Militaria-Utensilien zu verschiedenen Armeen weltweit an. Laut ibs hatte der Betreiber des Versandhandels aber bis vor rund 15 Jahren noch enge Kontakte in die rechtsextreme Szene.

Ein beliebter Anknüpfungspunkt für die extreme Rechte ist weiterhin der ***Hürtgenwald***. 1944/45 war der Hürtgenwald ein stark umkämpftes Kriegsgebiet alliierter Soldaten und der deutschen Wehrmacht. Seither hat sich der ehemalige Kriegsschauplatz in eine einzigartige Erinnerungslandschaft mit Kriegsgräberstätten, Gedenksteinen, Kreuzen, Tafeln und künstlerischen Objekten entwickelt. Aus Sicht von Historikern wird der Fokus zu sehr auf das militärische Geschehen gerichtet und wesentliche Aspekte der nationalsozialistischen Herrschaft werden ausgeblendet. Die regionale Erinnerungskultur wurde bis weit in die 2000er Jahre hinein von der „glorifizierenden Traditionspflege“ eines Verbandes ehemaliger Wehrmachtsangehöriger dominiert. Dadurch wurde gefördert, dass sich der Hürtgenwald zu einem Attraktionsraum für Rechte und Rechtsextreme entwickelt hat. Es entstand ein Faszinations- und Aufmarschraum für zahlreiche rechtsextreme Gruppierungen. Durch das Ausbleiben einer Pluralisierung und Professionalisierung der Erinnerungskultur, ist der Hürtgenwald zu einem prägnanten Beispiel für die frühe Gedenktradition der BRD geworden. Einseitige, verkürzte Geschichtsbilder haben nicht nur eine kollektive Entlastungsfunktion, sondern bieten auch heute noch Anknüpfungspunkte für revisionistische und rechtsextremistische Positionen[25].

Seit Herbst 2012 kam es in Aldenhoven vermehrt zu Sachbeschädigungen oder Schändungen von Mahnmalen bzw. Gedenktafeln, mit neonazistischem Hintergrund. Dabei ging es vor allem um eine Gedenktafel, die an ein jüdisches Gebetshaus erinnern soll. Zudem kam es zu Aufkle-

[25] Vgl. Frings, Karola (2016): Der Hürtgenwald – eine ländliche Erinnerungsgemeinschaft zwischen Restauration und Wandel, in: Killguss, Hans-Peter / Langenbach, Martin (Hrsg.): „Opa war in Ordnung!“. Erinnerungspolitik der extremen Rechten, Köln, S.161.

ber und Schmieraktionen im Umfeld der Tafel. Anfang 2013 wurde die Evangelische Kirche - Sitz des Aldenhovener „Bündnis gegen Rechts“ – beschmiert, zudem wurden Fenster eingeworfen. Im März 2013 kam es in Aldenhoven – wie bereits zwei Jahre zuvor - zur Beschädigung einer Stele, die an die Verfolgung der Juden zur Zeit der nationalsozialistischen Diktatur erinnert. Im September 2013 wurde ein Aldenhovener Neonazis festgenommen. Dieser war bereits 2012 durch die Störung eines Gedenkmarschs anlässlich der Pogromnacht aufgefallen. Er hatte an mehrere Hauswände rassistische und rechtsextreme Parolen gesprüht. 2016 griffen Unbekannte den evangelischen Pfarrer in Aldenhoven an, der sich in verschiedenen Bündnissen gegen Rechts organisiert. Der oder die Täter klingelten Nachts, sprühten dem Pfarrer Reizgas ins Gesicht und schlugen auf ihn ein. Die Verletzungen des Pfarrers mussten im Krankenhaus untersucht werden. Die Täter konnten nicht identifiziert werden. Zuvor hatte sich der Pfarrer gegen rassistische Parolen in sozialen Netzwerken gewehrt und war dafür bedroht worden[26].

In verschiedenen Gemeinden im Kreis Düren kam es sporadisch zu Vorfällen, an denen so genannte Mischszenen beteiligt waren. Gerade im ländlichen Raum existieren häufig Cliquen, in denen sowohl (extrem) rechte, als auch unpolitische oder nicht-rechte Menschen anzutreffen sind. Im Rahmen dieser Mischszenen waren vor allem die Mai-Gruppen oder „Mai-Logen“, deren Aktivitäten durch hauptsächlich männliche Gruppen geprägt waren, auffällig. Laut Mobiler Beratung Köln wurden rechte und rassistische Vorfälle hierbei von Gruppen aus den Gemeinden Kreuzau und Merzenich bekannt. An Silvester 2016 zogen gegen 23 Uhr junge Leute durch den Dürener Stadtteil Gürzenich und skandierten volksverhetzende, ausländerfeindliche Parolen. Im Februar 2018 kam es im Stadtteil Birkesdorf zu Schmierereien und Naziparolen[27].

b. Rassismus im Kreis Düren

Anders als die Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus sowie mit rechtsextremen Strukturen und Organisationen, kann sich die Antirassismusarbeit im Kreis Düren nicht auf einen langjährigen Fachdiskurs stützen. Rassismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen zu begreifen, ist zwar Teil des Fachdiskurses im Kreis Düren, in der breiten Öffentlichkeit ist diese Perspektive aber noch nicht etabliert. Hier wird der Rassismus häufig mit dem Rechts-

[26] Vgl. https://www.mbr-koeln.de/vor-ort/kreis-dueren/
[27] Vgl. ebd.

extremismus gleichgesetzt, bzw. als exklusives Element rechtsextremer Ideologie gesehen. Rassismus ist jedoch, wie bereits in den Begriffsklärungen angedeutet, keineswegs ein Phänomen, das sich ausschließlich am politischen Rand verorten lässt. Dennoch ist er ein elementarer Bestandteil extrem rechter Ideologie. Seit nunmehr 15 Jahren belegen repräsentative Studien, dass auch die so genannte „Mitte der Gesellschaft“ hohes Übereinstimmungspotential mit abwertenden, diskriminierenden und rassistischen Positionen und Argumentationen aufweist[28]. Mit der Studie werden latente Einstellungsmuster gemessen. So wird ermittelt, inwieweit Personen gruppenbezogene Abwertungen und Anfeindungen befürworten oder diese ablehnen. Die Ergebnisse geben hier teilweise eindeutige Hinweise und zeigen, dass bestimmte Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland täglich mit Ablehnung und Vorurteilen zu kämpfen haben[29]. Unter Berücksichtigung dieser Studien, ist mit Blick auf das Handlungskonzept davon auszugehen, dass auch der Kreis Düren keine Ausnahme darstellt und es demnach Handlungsbedarf im Bereich der Antirassismusarbeit gibt.

Dabei geht es nicht – wie bei den Begriffen „of Color“, „schwarz“ oder „weiß“ häufig missverstanden – um den Bezug zur Hautfarbe, sondern um den Blick auf ausgrenzenden, benachteiligte oder begünstigende Strukturen in der Gesellschaft. In diesem Zusammenhang wird auch häufig von „Alltagsrassismus“ gesprochen. Ob eine Person unmittelbare Erfahrungen mit (Alltags-)Rassismus macht oder nicht, hängt mit der eigenen gesellschaftlichen Position und den dahinter stehenden gesellschaftlichen Machtstrukturen zusammen. Die (weiße) Mehrheitsgesellschaft entscheidet was „normal“ ist und ist Träger der Gestaltungsmacht. Sie legt fest, wer wie dargestellt wird und hat die Entscheidungs- und Definitionsmacht. D.h. sie bestimmt, wer wie welche Entscheidung treffen darf oder wer was deuten oder sagen darf[30]. Hinzu kommt ein sogenanntes „rassistisches Wissen“, welches in jeder Gesellschaft vorkommt und sich aus Vorurteilen, Stereotypen oder Vorstellungen über „Andere“ zusammensetzt. Über diese Vorurteile herrscht ein mehrheitsgesellschaftlicher Konsens. Damit ist nicht gemeint, dass jedes Individuum der Mehrheitsgesellschaft per se rassistisch ist, sondern dass es über Institutionen wie

---

[28] Vgl. Zick, Andreas/Krause, Daniela/Berghan, Wilhelm/Küpper, Beate: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002-2016. In: Ralf Melzer (Hrsg.): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Dietz. 2016.

[29] Vgl. Zick/Krause/Berghan/Küpper, S. 50f.

[30] Nguyen, Toan Quoc (2014): „Offensichtlich und zugedeckt“ – Alltagsrassismus in Deutschland, in: Bundeszentrale für politische Bildung, online: http://www.bpb.de/dialog/194569/offensichtlich-und-zugedeckt-alltagsrassismus-in-deutschland [26.01.2018]

Schule und Massenmedien eine gemeinsame Sozialisation gibt. Dadurch werden rassistische Vorurteile vermittelt und über Generationen gefestigt. Dies prägt sich dann in unterschiedlicher Form und Intensität, sowohl im Handeln von Individuen, als auch in institutionellen Praktiken. Bei letzterem spricht man häufig von institutionellem oder auch strukturellem Rassismus.

Eine Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zeigt, dass Diskriminierungserfahrungen, die Menschen aus rassistischen Gründen, wie z.B. aufgrund ihrer ethnischen Herkunft machen, vergleichsweise häufig in der Öffentlichkeit vorkommen. In vielen Fällen handelt es sich dabei um Beleidigungen oder Beschimpfungen. Solche Situationen treten beispielsweise auf der Straße oder in öffentlichen Verkehrsmitteln. Auch in Geschäften oder bei Dienstleistungen erleben Menschen rassistische Diskriminierung bzw. Diskriminierung wegen ihrer zugeschriebenen (ethnischen) Herkunft[31].

Diskriminierung aus rassistischen Gründen oder aufgrund der (ethnischen) Herkunft erfahren vor allem Menschen mit Migrationshintergrund, wie die Studie zeigt. Knapp ein Viertel der Befragten berichtete von entsprechenden Diskriminierungserfahrungen im Zeitraum zwischen 2014 und 2016. Der Anteil von Personen ohne Migrationshintergrund, die von Diskriminierungserfahrungen aus rassistischen Gründen oder wegen der Herkunft berichten, liegt bei 3,8 Prozent. Hierunter fallen Personen, denen ein Migrationshintergrund fälschlicherweise zugeschrieben wurde. Ebenso betrifft dies Deutsche ohne Migrationshintergrund, die aber zum Beispiel als Sorben oder Sinti und Roma rassistische Diskriminierung erfahren haben. Zudem können sich auch Personen aufgrund ihres Deutschseins diskriminiert fühlen. Dies wurde in Einzelfällen auch für den Kreis Düren Berichtet – so zum Beispiel im Zusammenhang mit Jugendeinrichtungen mit homogenen Besuchergruppen, bei denen deutsche Jugendliche ohne Migrationshintergrund in der Minderheit sind. Der geringe Anteil von Personen ohne Migrationshintergrund, die wegen ihrer Herkunft Diskriminierung erlebt haben, ist aber auch ein Hinweis darauf, dass die Diskriminierung von Personen ohne Migrationshintergrund durch Migrant/innen keinesfalls ein Massenphänomen ist[32].

---

[31] Vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2016): Diskriminierungserfahrungen in Deutschland. Erste Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung und einer Betroffenenbefragung, S. 17.
[32] Vgl. Ebd.: S.10.

Speziell für den Kreis Düren gibt es bisher wenige Erkenntnisse über rassistische Vorfälle und Ereignisse. Eine Umfrage oder statistische Erhebung hat bisher noch nicht stattgefunden. Im Rahmen der Erstellung dieses Handlungskonzeptes wurde ein Formular zur Meldung von Diskriminierungsfällen erstellt und auf der Webseite des Dürener Bündnisses zur Verfügung gestellt. Bisher hat es nur wenige Rückmeldungen gegeben. Gleiches gilt für die Meldestelle bei der Integrationsagentur der evangelischen Gemeinde. Die bisherigen Meldungen beziehen sich in der Mehrzahl auf rassistische Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Hautfarbe oder Sprache. Die geringe Nutzung ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die Möglichkeiten der Meldung von Diskriminierung den Betroffenen nicht bekannt sind und der Nutzen einer Meldung nicht sichtbar wird. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer gesteigerten Öffentlichkeitsarbeit, sowie eines Konzeptes für die Antidiskriminierungsarbeit im Kreis Düren, um insbesondere rassistische Diskriminierung in entsprechenden Beratungsstellen behandeln zu können. Dazu können Kooperationen mit bestehenden Antidiskriminierungsbüros, wie dem Gleichbehandlungsbüro Aachen, beitragen.

5. Strukturen im Bereich der Rechtsextremismus- und Rassismusprävention im Kreis Düren

Eine erste Bestandsaufnahme hat ergeben, dass die Themen Rechtsextremismus, Rassismus, Antidiskriminierung und Demokratiebildung in der Stadt Düren und in einzelnen Kommunen des Kreises auf verschiedenen Ebenen und mit unterschiedlichen Ausprägungen behandelt werden. Dabei fällt auf, dass es in einigen Kommunen langjähriges Engagement und gewachsene Strukturen in der Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus gibt und in anderen überhaupt nicht. Gleichzeitig wurde eine Bedarfsabfrage durchgeführt, um zu erörtern, welchen Unterstützungsbedarf es in den jeweiligen Handlungsfeldern gibt. Deshalb wurden bestehende Systeme und Netzwerkstrukturen in den einzelnen Handlungsfeldern aufgesucht und befragt. Die Kontaktaufnahme und die Durchführung einer Bestandsanalyse stellten sich dabei als besondere Herausforderungen dar. Dies liegt einerseits an der ländlichen Prägung des Flächenkreises Düren, wodurch es zusätzlich erschwert wird, Akteure aus dem gesamten Kreisgebiet anzusprechen und einzubeziehen. Die zweijährige Laufzeit des Projektes stellte dabei eine zusätzliche Schwierigkeit dar, da die Kontaktaufnahme zu allen Kommunen und die Identifizie-

rung relevanter Akteure einen hohen Zeitaufwand erfordert. Zudem ging es in vielen bestehenden Systemen und Netzwerkstrukturen zunächst darum, die Inhalte des Projektes vorzustellen und dafür zu sensibilisieren. Dadurch wurde eine konkrete Bestandsaufnahme wesentlich erschwert. Am 25.06.2018 hat ein Beteiligungsworkshop stattgefunden, zu dem Mitarbeiter*innen aus verschiedenen Fachrichtungen, ehrenamtlich Aktive und interessierte Bürger*innen aus dem gesamten Kreis Düren eingeladen waren. Gemeinsam mit rund 50 Teilnehmer*innen wurde eine Bestands- und Bedarfsanalyse durchgeführt. Davon ausgehend haben die Teilnehmer in fachbereichsübergreifenden Kleingruppen bestehende Herausforderungen und Ideen zu konkreten Maßnahmen weiterentwickelt, die in einer Dokumentation festgehalten wurden und dieses Handlungskonzept eingeflossen sind. Die Dokumentation ist auf der Internetseite des Projektträgers (http://www.skf-dueren.de/nrw/index.htm) abrufbar.

a. Politik, Behörden, Polizei

Im Kreis Düren gibt es bisher keine Fachstelle, die sich zielgerichtet mit Rechtsextremismus- und Rassismusprävention beschäftigt. Insgesamt ist festzustellen, dass die Bearbeitung des Themenfeldes Rechtextremismus und die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Strukturen und Organisationen in Politik und Behörden, sich inzwischen auf einen langjährigen Fachdiskurs stützen kann: Der Wissensfundus in diesem Bereich wurde stetig erweitert, Schulungskonzepte und didaktisches Material entwickelt. Auch im Kreis Düren hat auf politischer Ebene eine intensive Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und rechtsextremen Organisationen stattgefunden. Diese wurde seit 2006 durch einen vergleichsweise starken und aktionsorientierten NPD-Kreisverband verstärkt. Da der Kreisverband mittlerweile weitestgehend bedeutungslos geworden ist und durch das Verbot der KAL auch Neonazistrukturen in der Region erheblich geschwächt wurden, gibt es derzeit keine konkrete Bedrohungslage durch die extrem Rechte Organisationen vor Ort. Im Fokus der Präventionsarbeit stehen Einzelpersonen und Strukturen aus anliegenden Städten und Kreisen, die in den Kreis Düren hinein wirken. Zudem versuchen rechtsextreme Organisationen heutzutage vermehrt über das Internet und die sozialen Netzwerke Kontakt zu jungen Menschen aufzunehmen und diese zu rekrutieren. Daher ist es eine besondere Herausforderung für die Politik und die Verwaltung im Kreis Düren, neue Maßnahmen der Rechtsextremismusprävention zu entwickeln, die an die aktuelle Situation anknüpfen und mit den umliegenden Kreisen und Städten zu kooperieren.

Eine weitere Herausforderung wird sein, ebenfalls eine ständige Auseinandersetzung mit dem Thema Rassismus vorzunehmen. Oftmals kommt es aufgrund der engen Verknüpfung beider

Phänomene zu einer Gleichsetzung von Rechtsextremismus und Rassismus. Zwar ist Rassismus ein elementarer Bestandteil der rechtsextremistischen Ideologie, jedoch muss nicht jede rassistische Tat auch automatisch rechtsextrem motiviert sein. Daher ist es notwendig auf der politischen Ebene und in den Behörden genau du differenzieren und die Unterschiede und Besonderheiten zu thematisieren. Wie oben bereits erwähnt ist die Perspektive, Rassismus als gesamtgesellschaftliches Problem zu betrachten, bislang nicht immer Teil des Fachdiskurses. Daher ist es eine besondere Herausforderung für alle Akteure auf der politischen Ebene, diese Perspektive im Kreis Düren zu etablieren und gemeinsam dagegen vorzugehen.

Während des Beteiligungsforums zum Handlungskonzept vom 25.06.2018 wurden einige Vorschläge gemacht, die sich auf die Politik und die Behörden bezogen, wobei auch Vertreter dieses Handlungsfeldes anwesend waren. Ein häufig genannter Vorschlag war, Informationen und Angebote für Migrant*innen in leicht verständliche Sprache bzw. einfache Sprache zu übersetzen, da die Amtssprache schwer zu verstehen ist. Ein weiterer Vorschlag war die Durchführung von Umfragen zu Diskriminierungserfahrungen im Kreis Düren. In diesem Zusammenhang spielt vor allem der strukturelle bzw. institutionelle Rassismus eine Rolle, den viele Teilnehmer als größte Stolperfalle wahrgenommen haben. Auch die Problematik im Umgang mit rechtspopulistischen Äußerungen und Argumenten wurde häufiger genannt und sollte durch entsprechende Stärkungsangebote aufgefangen werden. Positiv bewerteten die Teilnehmer*innen, dass es im Kreis Düren eine weitgehend parteiübergreifende Einigkeit gibt, gegen Rechtsextremismus und Rassismus vorzugehen. Die Einrichtung von zahlreichen sozialen Treffpunkten und Anlaufstellen wurde ebenfalls als positiv beschrieben.

Es wurden erste Gespräche mit der Polizei im Kreis Düren geführt, um den Bedarf im Bereich der Rechtsextremismus- und Rassismusprävention zu ermitteln. In Gesprächen mit der Leitung der Polizei im Kreis Düren wurde deutlich, dass es von Seiten des Landes NRW bereits zahlreiche Maßnahmen der interkulturellen Sensibilisierung gibt. In diese Landesmaßnahmen ist auch die Dürener Polizeibehörde eingebettet. Trotzdem gibt es weiterhin Probleme, die sich vor allem in Übergriffen und Anfeindungen, denen Kollegen, die sichtbar Minderheiten angehören, von der Bevölkerung ausgesetzt sind, zeigen. Weitere Handlungsschwerpunkte ergeben sich aus dem Verhältnis der Kolleginnen und Kollegen untereinander oder gegenüber Migrantinnen und Migranten in der Bevölkerung. Akute Problemlagen mit rechtsextremen Gruppen oder Organisationen gibt es im Kreis Düren nicht. Da es bereits ein breites Angebot an möglichen

Weiter- und Fortbildungen durch das Land NRW gibt, richten sich die Angebote vor Ort eher an anderen Schwerpunkten, wie z.B. Einsatztrainings aus. Kein Vertreter der Kreispolizeibehörde konnte an dem Beteiligungsforum zum Handlungskonzept teilnehmen. Daher hat bisher keine ausreichende Bedarfsanalyse stattgefunden, weshalb es bisher nicht möglich ist spezielle Empfehlungen für die Polizei zu nennen.

b. Zivilgesellschaft, Bündnisse, Vereine, Sport

Innerhalb der letzten 10 Jahre haben sich im Kreis Düren mehrere Bündnisse gegen Rechtsextremismus und Rassismus gegründet. Das Dürener Bündnis gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt (BgR Düren) wurde 2006 als Reaktion auf einen sehr aktiven Kreisverband der NPD gegründet und ist seitdem mit einer Vielzahl von Aktionen im Kreisgebiet aktiv. Das Bündnis zählt derzeit ca. 200 Organisationen und 1000 Einzelpersonen zu seinen Mitgliedern. Der Sprecherkreis besteht aus Personen, die aus verschiedensten Institutionen im Kreis kommen und jahrelange Erfahrung in der ehrenamtlichen Arbeit gegen Rechtsextremismus und für demokratische Werte, Menschenrechte, Pluralismus und Toleranz haben. Zu den Aktionen zählen Protestveranstaltungen gegen extrem Rechte und rechtspopulistische Kundgebungen und Veranstaltungen, Kulturveranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Schülerwettbewerbe, Fachvorträge und weitere Aktionen.

Neben dem BgR Düren, das in großen Teilen des Kreisgebietes aktiv ist, gibt es mehrere Bündnisse im Kreis. Dazu zählen Bündnisse in Aldenhoven, Merken, Vettweiß und der Eifel. Die Bündnisse sind jeweils als Reaktion auf eine bestimmte rechtsextremistische und/oder rassistische Bedrohungslage gegründet worden und sind mittlerweile teilweise inaktiv. Trotzdem sind noch Strukturen vorhanden, die im Falle einer erneuten Bedrohungslage von extrem Rechten Akteuren abgerufen werden können. Zudem sind die Bündnisse untereinander vernetzt. So ist z.B. die „Initiative Merken gegen Rechts“ auch personell im Dürener Bündnis vertreten.

Darüber hinaus gibt es in den einzelnen Kommunen zivilgesellschaftliche Vereine und Organisationen, die immer wieder Einzelmaßnahmen in den Bereichen Rechtsextremismus und Rassismus durchführen. Dazu zählen u.a. Geschichts-, Sport- und andere Freizeitvereine. Ein langfristiges Ziel ist sicherlich das weitreichende zivilgesellschaftliche Engagement besser miteinander zu vernetzen und die vorhandenen Strukturen auszubauen. Darüber hinaus wäre eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit von Vorteil. Ein Netzwerktreffen aller Bündnisse hat bisher nicht stattgefunden. Einerseits weil sie teilweise gut miteinander vernetzt sind und personelle Überschneidungen aufweisen, andererseits wegen Inaktivität der Gruppen.

Im Rahmen der Erstellung des Handlungskonzeptes wurde ein Workshop durchgeführt, der sich an die ehrenamtlich Aktiven und die Bündnisse gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Kreis Düren richtet. Ziel war es den Handlungsbedarf im Kreis Düren gemeinsam zu erarbeiten und neue, innovative Aktionsformen und Maßnahmen zu entwickeln. Vor allem im Umgang mit rechtspopulistischen Akteuren und Äußerungen, bei der (Re-)Aktivierung von Mitgliedern und einer Hinwendung zu präventionsorientierten Maßnahmen gab es Verbesserungsbedarf. Die Ergebnisse wurden in einer Dokumentation festgehalten, die den Teilnehmern zur Verfügung gestellt wurde. Die Veranstaltung hat aber auch deutlich gemacht, dass den ehrenamtlichen Bündnissen der Nachwuchs und damit teilweise auch innovative Ideen fehlen. Eine umfassende Analyse der Arbeit aller Bündnisse im Kreisgebiet war bisher aber noch nicht möglich, da nicht alle teilgenommen haben. Daher ist eine wichtige Aufgabe der Projektstelle die verschiedenen Bündnisse im Kreis Düren noch stärker zu vernetzten, damit sie voneinander profitieren können.

Vertreter aus der Zivilgesellschaft waren ebenfalls auf dem Beteiligungsforum zum Handlungskonzept anwesend. Hauptsächlich bezogen sich die Vorschläge auf die Arbeit des Dürener Bündnisses, wobei deutlich wurde dass es Projekte zur (Re-)Aktivierung der Mitglieder geben muss. Zudem wurde ein stärkerer Einbezug von potentiell Betroffenen Menschen (z.B. MSO's) in die Bündnisarbeit gefordert. Ein weiterer Hinweis für die Bündnisse war es, sich in ihrer Arbeit zukünftig mehr auf präventive Aktionen und Maßnahmen zu konzentrieren und mehr Aufklärungsarbeit, insbesondere mit Jugendlichen und Heranwachsenden anzubieten.

Die bekannteste Initiative im Bereich des Sports im Kreis Düren ist „Fußballvereine gegen Rechts". Die Initiative wurde 2001 als Reaktion auf rassistische Anfeindungen und Übergriffe durch Neonazis auf eine Fußballjugendmannschaft aus Düren-Niederau gegründet. Mit verschiedenen Aktionen, wie „Vier Schrauben für Zivilcourage", „Fotos gegen Rechts" und „Wir vermieten nicht an Nazis" und regelmäßiger Präsenz bei regionalen und überregionalen Sportveranstaltungen will die Initiative Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus entgegenwirken. Nach aktuellem Stand haben sich bisher deutschlandweit über 1000 Sportvereine an der Aktion „Vier Schrauben für Zivilcourage" beteiligt. Im September 2011 wurde die Auszeichnung „Integration durch Tore" geschaffen. Damit werden Einzelpersonen oder Fußballvereine aus dem Kreis Düren ausgezeichnet, die sich in besonderem Maße für Integration und gegen Rassismus einsetzen. Der Gründer der Initiative ist Mitbegründer des BgR Düren

und der Initiative „Unser Merken gegen Extremismus, Rassismus und Gewalt“. Gleichzeitig ist er Mitglied im Sprecherkreis des BgR.

Zudem gibt es im Kreis Düren Maßnahmen des Kreissportbundes (KSB) im Bereich Rechtsextremismus- und Rassismusprävention. So z.B. das Projekt „Entschlossen weltoffen“ des Landessportbundes NRW, dessen Angebot von den Kreissportbünden und Sportvereinen genutzt werden kann. Eine weitere Maßnahme ist das Projekt Integration durch Sport, das in allen Kommunen des Kreises Düren von örtlichen Sportvereinen durchgeführt wird. Ziel ist es besonders Menschen mit Migrations- oder Fluchterfahrung aktiv in Sportangebote einzubinden und so durch soziale Teilhabe und Partizipation am gesellschaftlichen Leben in Düren mitwirken zu können. Es sollen punktuell Maßnahmen und Best-Practice Beispiele initiiert werden, die anschließend auf das weitere Kreisgebiet ausgeweitet werden können. Darüber hinaus kann der KSB durch seine Teilnahme in der Steuerungsgruppe von NRWeltoffen als fester Ansprechpartner für eine permanente Sensibilisierung im Sport genutzt werden und die Thematik an seine Mitglieder weitergeben.

Der geschäftsführende Vorstand des KSB Düren hat in seiner Sitzung am 14.02.2018 einen Maßnahmenkatalog beschlossen, der als Beitrag des Sports zur Umsetzung des kommunalen Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus vorgesehen ist. Daher werden im weiteren Verlauf keine Maßnahmen des Projektes NRWeltoffen im Bereich des Sports genannt. Durch die Zusammenarbeit in der Steuerungsgruppe kann eine Kooperation des KSB Düren und der Projektstelle koordiniert werden. Die Maßnahmenliste des KSB Düren wird im Folgenden genannt:

Maßnahmen des Kreissportbundes Düren zur Umsetzung des kommunalen Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Kreis Düren

1. Bekanntgabe und Zuleitung des vom Kreistag des Kreises Düren verabschiedeten kommunalen Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus an alle Mitgliedsvereine, Sportfachverbände und Stadtsportverbände/Gemeindesportverbände im Kreis Düren. Hierdurch werden insgesamt ca. 400 Sportvereine und Institutionen des Sports erreicht. Die Zuleitung des Handlungskonzeptes erfolgt über die Geschäftsstelle des KSB Düren per Mail.

2. Hinweis auf der Homepage des KSB Düren als Partner des Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus mit der gleichzeitigen Möglichkeit der Kontaktaufnahme/Berichterstattung an die Koordinierungsstelle Sport des KSB Düren, sofern rechtsextremistische oder rassistische Ereignisse bei den einzelnen Mitgliedsorganisationen relevant werden (dauerhafte Einrichtung dieser Kontaktstelle zur Nachhaltigkeit dieses Verfahrens).

3. Zusätzliche Darstellung auf der Homepage des KSB Düren von Akteuren gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Rahmen der Netzwerkarbeit mit der Möglichkeit, bei entsprechenden Ereignissen zu vorstehender Thematik weitere Ansprechpartner zu finden.

4. Behandlung der Thematik „Kommunales Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ in dem vom KSB Düren jährlich entwickelten NEWSLETTER mit entsprechender Berichterstattung und Benennung von Kontaktadressen innerhalb des Netzwerkes.

5. Durchführung eines Kurz & Gut-Seminars „Entschlossen Weltoffen“ als zusätzliches Informationsangebot an alle Mitgliedsorganisationen unter der Federführung des Bildungswerkes des Landessportbundes NRW und Bereitstellung von kompetenten Referenten. Die Vertreter der Mitgliedsvereine haben die Möglichkeit, dieses Seminar kostenlos zu besuchen. Aus Gründen der Nachhaltigkeit wird vorgesehen, ein entsprechendes Seminar mindestens einmal jährlich anzubieten, wobei hierbei auch die Bedarfslage sowie die Aktionsfortsetzung durch den Landessportbund NRW berücksichtigt werden muss.

6. Vermittlung eines Referenten des Landessportbundes NRW zum Programm „Entschlossen Weltoffen“ oder entsprechender Nachfolgeprojekte für interne oder öffentliche Veranstaltungen der Handlungspartner, sofern die Thematik Rechtsextremismus/Rassismus behandelt wird.

7. Etablierung flächendeckender Stützpunktvereine im Rahmen des Programms „Integration durch Sport“ mit der Zielsetzung, Flüchtlingen/Asylbewerbern und Familien mit Migrationshintergrund den Zugang zu Sportvereinen zu ermöglichen und hierdurch präventive Signale gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu setzen.

c. Beratungsstrukturen

Im Kreis Düren gibt es eine sehr gut ausgebaute Beratungsstruktur in den Bereichen Flucht, Migration und Integration. Dort werden auch die Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung in unterschiedlichem Ausmaß mit behandelt.

Bei der Integrationsagentur der evangelischen Gemeinde Düren gibt es ein Antidiskriminierungstelefon, das auf Initiative des BgR Düren eingerichtet wurde. Dort können Betroffene eine Nachricht auf einem Anrufbeantworter hinterlassen, der regelmäßig abgehört wird, und eine Beratung in Anspruch nehmen. Ursprünglich handelte es sich dabei um eine Initiative des Dürener Bündnisses, mittlerweile wird der Anrufbeantworter allerdings von einem Mitarbeiter der Integrationsagentur betreut. Bisher wurde diese Möglichkeit jedoch selten genutzt, was teilweise an den gut ausgebauten Beratungsstrukturen liegt, die bereits vorhanden sind. Ein weiterer Grund für die geringe Nutzung ist, dass es bisher keine zentrale Anlaufstelle für Diskriminierungsfälle gibt, sondern man zunächst lediglich einen Anrufbeantworter erreicht. Zudem fehlt eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit, so dass diese Möglichkeit vielen Betroffenen überhaupt nicht bekannt ist. Im Rahmen des Projektes NRWeltoffen wurde auf der Website des BgR Düren ein Online Formular zur Meldung von Diskriminierungsfällen geschaffen, dessen Auswertung in die Bedarfsanalyse des integrierten Handlungskonzeptes einfließen soll. Bisher gab es aber auch hier nur sehr geringe Rückmeldungen, so dass es kaum möglich ist daraus allgemeine Rückschlüsse für das Handlungskonzept zu ziehen. Um die Antidiskriminierungsarbeit auszubauen gab es einen ersten Austausch der Projektstelle mit dem Gleichbehandlungsbüro Aachen. Für Anfang 2019 sind weitere Gespräche geplant, um die Antidiskriminierungsarbeit im Kreis Düren zu verbessern. Neben der Projektstelle, sollen auch die Migrationsfachdienste des Kreises Düren daran beteiligt werden.

Die Migrationsfachdienste im Kreis Düren bieten eine breite Palette der Beratung an. Zu unterscheiden ist hier, dass einige Beratungsstellen, wie die Flüchtlingsberatung der Caritas-Verbandes, der Diakonie in Jülich und das Café International auf die Beratung von Geflüchteten spezialisiert sind und dadurch die spezifische rechtliche Situation besonders berücksichtigen können. Der Jugendmigrationsdienst des SkF Düren-Heinsberg und die Migrationsberatung für Erwachsene der Evang. Gemeinde zu Düren beraten vorrangig Eingewanderte, die bereits einen gesicherten Aufenthalt haben, so dass soziale, berufliche und familiäre Integrationsperspektiven stehen hier im Vordergrund. Eine besondere Stärke des Kreises Düren ist das

Migrantinnen-Netzwerk gegen häusliche Gewalt (MN), das so einmalig in NRW anzutreffen ist. Es bietet eingewanderten Frauen und Kindern, die von Gewalt betroffen sind, sowie Frauen mit Fluchterfahrung Beratung und Unterstützung, unabhängig von ihrem Einwanderungsgrund und Aufenthaltsstatus. Auch alle anderen Beratungsstellen im Kreis Düren bemühen sich um migrationsgesellschaftliche Öffnungsprozesse und Weiterentwicklung ihrer Angebote für eine immer vielfältiger werdende Gesellschaft. Hier setzt die Aufgabe des Kommunalen Integrationszentrums Kreis Düren (KI) an. Es unterstützt alle anderen Institutionen und insbesondere den Bildungsbereich bei der Weiterentwicklung im Hinblick auf migrationsgesellschaftliche Veränderungsprozesse durch Fortbildung und Beratung. Darüber hinaus ist das KI für die Vermittlung von Schulplätzen von neu eingereisten schulpflichtigen Kindern zuständig und berät die Familien bei der Schulwahl. . Die Integrationsagenturen der Evangelischen Gemeinde zu Düren und der Caritas in Jülich, haben sich vorrangig zur Aufgabe gemacht, das ehrenamtliche Engagement von Menschen mit Migrationsgeschichte zu fördern. Aufenthaltsstatus und Aufenthaltsgrund spielen dabei eine untergeordnete Rolle. Eine umfangreiche Übersicht mit Kontakten findet man auf der eigens hierfür eingerichteten Seite „integra-netz.de“[33].

Die Themen Rechtsextremismus und Rassismus werden in den jeweiligen Beratungsstrukturen einzelfallbezogen mitbehandelt. Es gibt bislang keine Stelle, die die Fälle von Diskriminierung, Rassismus und extrem rechter Gewalt oder Bedrohung sammelt und bearbeitet oder den Betroffenen spezielle Beratungsangebote zur Verfügung stellt. Daher liegen auch keine Fallzahlen vor, die Rückschlüsse auf besondere Problemlagen zulassen. Den Umgang mit Rechtsextremismus und rassistischer oder anderweitiger Diskriminierung in den Beratungsstrukturen des Kreises zu verbessern, bleibt eine wichtige Herausforderung. Hier wäre es sinnvoll die Betroffenenperspektive noch stärker in die Beratungsstrukturen einzubringen, um die Rollenverteilung und damit die Machtverhältnisse zwischen vermeintlich „helfenden“ und vermeintlich „hilfsbedürftigen“ aufzubrechen. Die Migrantenorganisationen im Kreis Düren haben einen Dachverband gegründet, um ihre Arbeit zu intensivieren. Die Projektstelle sollte die Zusammenarbeit in diesem Bereich ausbauen und den Dachverband bzw. die Migrantenorganisationen in die Entwicklung von Maßnahmen stärker einbeziehen. Dies war auch ein wichtiger Aspekt, der von den Teilnehmern des Beteiligungsworkshops vom 26.05.2018, wobei nur wenige Vertreter des MSO’s anwesend waren. Positiv bewertet wurde die hohe Anzahl an

[33] https://www.integra-netz.de

Anlaufstellen und die niedrigschwelligen Angebote der Beratungsstrukturen im Bereich der Migrationsberatung. Ein größerer Kritikpunkt war das Fehlen einer Antidiskriminierungsstelle, die Opfer und Betroffene von GMF stärkt, da die Beratungsstrukturen diese Bandbreite nicht abdecken können. Ein wichtiger Punkt war die Frage nach dem Umgang mit rechtsextremen Jugendlichen und Eltern, die in die Beratungsstrukturen kommen. Hier sollte es Stärkungsangebote für die Mitarbeiter*innen geben. Insgesamt gibt es den Bedarf nach Anlaufstellen für Betroffene von (rassistischer) Diskriminierung vor Ort. Daher soll es zu einem intensiveren Austausch zwischen den Migrationsfachdiensten und der Projektstelle kommen, um gemeinsam ein Konzept für die Migrationsfachdienste zu entwickeln. Ziel ist es, dass diese in der Lage sind das Thema rassistische Diskriminierung abzudecken.

d. Jugendarbeit

Eine Abfrage bei den Jugendheimleiter*innen, Mobilen Jugendarbeiter*innen und dem Stadtjugendring in der Stadt Düren zu den Themen Toleranz, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ergab ein sehr unterschiedliches Bild hinsichtlich der Wahrnehmung der genannten Thematik, sowie in der Intensität der fachlichen Auseinandersetzung. Dabei sind in erster Linie die örtlichen, sozialräumlichen aber auch konzeptionellen Gegebenheiten ausschlaggebend. Es lässt sich feststellen, dass die Themen im ländlichen Bereich tendenziell weniger ausgeprägt behandelt werden als im innerstädtischen Bereich. Zum Alltag gehören insbesondere im innerstädtischen Raum rassistische, sexistische oder anderweitig diskriminierende Äußerungen von Kindern und Jugendlichen, die aus dem eigenen Umfeld übernommen wurden. Im Rahmen der Kinder – und Jugendarbeit werden solche Äußerungen aufgegriffen und durch direkte Kommunikation, Angebote und Aktionen bearbeitet und thematisiert. Zusätzlich gibt es eine Reihe von Maßnahmen, die präventiv durchgeführt werden. Dabei geht es vordergründig um die Aneignung interkultureller Kompetenzen. Es haben aber auch vereinzelte Veranstaltungen und Workshops zu den Themen Rechtsextremismus und Rassismus, Cool down Trainings, Theaterprojekte, multikulturelle Feste und andere Aktionen stattgefunden. Darüber hinaus sind die genannten Themen Bestandteil des Kinder- und Jugendförderplans der Stadt Düren und als Querschnittsaufgaben in den Feldern „Politische und soziale Bildung“, „Kulturelle Jugendarbeit“ und „interkulturelle Jugendarbeit“ beschrieben.

Am 22. März 2018 hat ein Workshop für Mitarbeiter*innen aus Jugendeinrichtungen im Kreis Düren stattgefunden, um den Handlungsbedarf in den jeweiligen Einrichtungen zu ermitteln und neue, innovative Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Der Workshop wurde gemeinsam

durch die Projektstelle und die Jugendämter von Stadt und Kreis Düren angeboten. Die Ergebnisse wurden dokumentiert und sind in die Beschreibung des Handlungsbedarfes und die Erstellung von Handlungszielen und -empfehlungen eingeflossen.

Ein wichtiger Handlungsbedarf der dabei genannt wurde, sind Handlungsmöglichkeiten und Argumentationshilfen im Umgang mit rechtsextremen, rassistischen und diskriminierenden Äußerungen. Solche Vorfälle treten in unregelmäßigen Abständen auf und stellen die Mitarbeiter/innen vor eine große Herausforderung. Hier sollte es ein Fortbildungs- und Stärkungsangebot für die Mitarbeiter/innen der Jugendeinrichtungen geben, damit sie Strategien und Handlungsmöglichkeiten erlernen können, die ihnen den Umgang mit solchen Situationen erleichtert. Zudem kam immer wieder die Frage auf, wie man Radikalisierungsprozesse schon frühzeitig erkennt und darauf reagieren kann. Daher ist es besonders wichtig die Mitarbeiter/innen dahingehend zu qualifizieren, damit sie Radikalisierungsprozesse erkennen und angemessen reagieren können. Es wurde aber auch benannt, wo die Grenzen der offenen Jugendarbeit liegen und dass die Eltern ebenfalls mit einbezogen werden müssen, um Radikalisierungstendenzen schon frühzeitig zu erkennen und entgegensteuern zu können. Eine Herausforderung die dabei von einigen Leiter*innen und Mitarbeiter*innen von Jugendeinrichtungen angesprochen wurde, sind nationalistische Einstellungen in Einwanderer-Communities. Da viele Jugendeinrichtungen eine relativ homogene Gruppe von Besuchern hat, werden oftmals deutsche Kinder und Jugendliche ohne Migrationserfahrung ausgeschlossen. Nach der allgemeinen Definition handelt es sich dabei zwar nicht um Rassismus (Bezug zur gesellschaftlichen Entscheidungs- und Deutungsmacht fehlt), trotzdem gibt es bei den Leiter*innen einen Bedarf an Handlungsstrategien um Vielfalt in der Einrichtung zu fördern und solchen Vorkommnissen in der Einrichtung vorzubeugen.

Im Bereich der Jugendarbeit ist es eine besondere Herausforderung die Themenbereiche Rechtsextremismus und Rassismus genau zu differenzieren und die präventive Arbeit für beide Bereiche auszubauen. Auch die Jugendarbeit im Kreis Düren sieht sich der Problematik ausgesetzt, dass Rassismus oftmals mit Rechtsextremismus gleichgesetzt und nicht als eigenes Phänomen und besondere Herausforderung begriffen wird. Eine Herausforderung ist dabei sicherlich die rassismuskritische Perspektive zu stärken und auch andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu thematisieren. Dies war auch ein Vorschlag, der im Beteiligungsworkshop vom 26.05.2018 genannt wurde. Ein wichtiger Hinweis aus dem Plenum war, Jugendliche durch Kooperationen in die Planung und Umsetzungen von Maßnahmen ein-

zubeziehen. Dies ist durch den Kontakt der Projektstelle zur Bezirksschülervertretung bereits erfolgt, sollte 2019 aber noch intensiviert werden. Weitere Vorschläge im Bereich der Jugendarbeit bezogen sich vor allem auf die Durchführung innovativer Maßnahmen, wobei die Demokratiebildung bzw. –stärkung eine wichtige Rolle einnimmt. U.a. wurden Kinder- und Jugendwahlen im Vorfeld von Parlamentswahlen, Demokratieworkshops und Planspiele mit Kindern und Jugendlichen, sowie historisch-politische Bildungsarbeit und Gedenkstättenarbeit genannt. Kritik bezog sich auf das Fehlen von Schulsozialarbeiter*innen im Kreis und darauf, dass die Basisarbeit (Streetwork) mehr gestärkt werden sollte.

Am 11. Oktober 2018 hat ein Fachtag zum Thema „Radikalisierung bei Jugendlichen“ stattgefunden. Die Veranstaltung wurde vom Jugendamt der Stadt Düren in Kooperation mit dem SkF Düren, bzw. dem Projekt NRWeltoffen durchgeführt. Zentrale Themen waren die extreme Rechte und religiöser Extremismus. Neben Fachvorträgen wurden Workshops zu verschiedenen Themen angeboten, die es den Teilnehmenden ermöglichten sich über bestimmte Phänomene zu informieren, die Empfänglichkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen für extremistische Inhalte zu hinterfragen und Mobilisierungsstrategien extremistischer Bestrebungen zu durchleuchten.

Im Folgenden werden einige Maßnahmen und Aktionen von Jugendeinrichtungen im Kreis Düren beispielhaft dargestellt. Es ist festzuhalten, dass auch andere Jugendeinrichtungen im Kreisgebiet Aktionen durchführen. Darunter sind z.B. Ausstellungen, Vorträge, Gedenkstättenfahrten etc. Die Projektstelle wird die Jugendeinrichtungen auch in Zukunft bei der Durchführung solcher Maßnahmen und Aktionen unterstützen und bei Bedarf beraten.

Die Jugendarbeit in Aldenhoven kann auf eine langjährige Erfahrung des Aldenhovener Bündnisses gegen Rechtsextremismus zurückgreifen und durch eine gute Zusammenarbeit von Jugend– und Gemeindearbeit eine Vielzahl von Veranstaltungen, Aktionen und Bildungsmaßnahmen vorweisen. Häufig steht dabei der Bezug zum historischen Nationalsozialismus, mit Fokus auf Widerstandsstrukturen und Opferperspektiven im Vordergrund. Dabei versucht man sich möglichst nah an der Geschichte von Aldenhoven zu orientieren, um die Themen für Jugendliche greifbarer zu machen und einen persönlichen Bezug herzustellen. Zu den Aktivitäten zählen Gedenkstättenbesuche in den Schulferien wie z.B. in Vogelsang, Breendonk oder die Besichtigung des Westwalls, an denen im Schnitt 40 bis 50 Jugendliche teilnehmen. Ehrenamtliche Erwachsene begleiten die Fahrten. Die Ergebnisse werden im Rahmen einer Geschichtswerkstatt nachbereitet und Online veröffentlicht. Zudem findet jedes Jahr in den

Herbstferien eine einwöchige Berlinfahrt statt. Dabei werden wechselnde Themenschwerpunkte gesetzt, die sich im Bereich der historisch-politischen Bildungsarbeit bewegen und auch Aktivitäten aus dem Bereich der Rechtsextremismus- und Rassismusprävention und Demokratie- und Menschenrechtsbildung vorsehen. Zu den Aktivitäten zählen der Besuch des Reichstagsgebäudes, Gedenkstättenbesuche, Museumsbesuche, Workshops und Gespräche mit Politiker*innen. Bei allen Aktivitäten wird darauf geachtet, die Angebote möglichst niedrigschwellig zu halten und erlebnispädagogische Anteile einzubringen. In der Regel waren die Angebote kostenfrei, was jedoch aufgrund fehlender Finanzierung seit 2016 nicht mehr der Fall ist.

In Vettweiß wurden im Bereich der offenen Jugendarbeit in der Vergangenheit häufig Städtefahrten in den Herbstferien angeboten. Dabei standen ebenfalls die historisch-politische Bildungsarbeit und die Auseinandersetzung mit Gedenkstätten im Vordergrund. Darunter eine Fahrt nach München mit einem Besuch in des Konzentrationslagers Dachau, eine Fahrt nach Weimar mit Besuch des Konzentrationslager Buchenau und Fahrten nach Berlin. Im Schnitt nahmen zehn bis 15 Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren an den Fahrten teil. Derzeit ist eine Fahrt nach Krakau für den Herbst 2018 geplant. Auch hier wird der Versuch unternommen die Angebote möglichst niedrigschwellig zu halten. Auch Vettweiß kann mit dem Bündnis „Vett gegen Rechts“ auf gewachsene Strukturen in der Arbeit gegen Rechtsextremismus zurückgreifen.

e. Bildung

Im Kreis Düren gibt es derzeit sieben Schulen, die die Auszeichnung „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SoR-SmC) erhalten haben. Dabei handelt es sich um ein bundesweites Netzwerk von Schulen, die sich selbst dazu verpflichten, offensiv gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung einzutreten. Mit der Teilnahme am Programm erklären mindestens 70% der Schüler*innen und Mitarbeiter*innen an der Schule, sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und andere Formen der Diskriminierung einzusetzen. Zudem erklärt sich die Schule dazu bereit, jedes Jahr mindestens ein Projekt aus diesen Themenbereichen durchzuführen. Es gibt derzeit einige Schulen im Kreis Düren, die sich gerne an dem Programm beteiligen möchten bzw. eine Teilnahme vorbereiten. Teilweise wünschen sich die Schulen, bzw. die beteiligten Schüler*innen und Lehrer*innen Unterstützung bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen und Projekten an der Schule. Eine bessere Vernetzung derjenigen

Schulen, die bereits an dem Programm teilnehmen, wäre von Vorteil. Durch einen ständigen Austausch könnten Schulen, die die Auszeichnung erhalten haben, Bewerberschulen beratend unterstützen.

Das Kommunale Integrationszentrum (KI) des Kreises Düren betreut das Programm „SoR-SmC“ und kooperiert mit der Projektstelle. Gemeinsames Ziel ist, mehr Schulen zur Teilnahme an dem Programm zu motivieren und es in entsprechenden Arbeitskreisen und Systemen im Kreis Düren vorzustellen. So wurde das Programm "SoR-SmC" z.B. beim Arbeitskreis der Schulsozialarbeiter im Kreis Düren und bei der Bezirksschülervertretung vorgestellt und möglicher Unterstützungsbedarf ermittelt. Zusätzlich gibt es Kontakt zu einzelnen Netzwerk- und Bewerberschulen, die Unterstützung benötigen. Neben allgemeinen Informationen geht es dabei vor allem um Projektideen, Hilfe bei der Umsetzung und Anfragen zu Themen und Referent*innen. Darüber hinaus soll eine Sammlung von Kontaktpersonen an den Netzwerkschulen erfolgen. Zusätzlich sollte es im Herbst 2018 einen Erfahrungs- und Informationsaustausch zum Thema „SoR-SmC“ geben, der durch die Projektstelle und zuständige Stelle beim KI Düren organisiert werden sollte. Aufgrund personeller Veränderungen und geringen Rückmeldungen aus den Schulen im Kreis hat der Termin jedoch nicht stattgefunden. Stattdessen wurden die interessierten Schulen durch die Projektstelle direkt kontaktiert und aufgesucht. Da es bei den Netzwerkschulen durchaus einen Bedarf an Vernetzung und gemeinsamen Aktionen gibt, wäre ein Netzwerktreffen der Schulen 2019 sinnvoll und sollte durch die Projektstelle in Kooperation mit dem KI Düren initiiert werden. Zudem sollten die Schulen dazu ermutigt werden an Regionalkonferenzen von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ teilzunehmen. Neue Unterstützung für die Präventionsarbeit wird es voraussichtlich durch eine zusätzliche halbe Stelle beim Schulpsychologischen Dienst geben, die Schulen im Bereich der Rechtsextremismus und Rassismusprävention beraten soll.

In Bezug auf den Elementarbildungsbereich erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit dem KI Düren. Eine erste Bedarfsabfrage bei den Leitungen von Kindertagesstätten im Kreis Düren hat ergeben, dass es einen gesteigerten Bedarf an Weiter- und Fortbildungsangeboten bei der Verbesserung interkultureller Kompetenzen gibt. Das Thema Rechtsextremismus spielt im Elementarbildungsbereich vor allem im Umgang mit Eltern eine Rolle. In der Arbeit mit den Kindern liegt der Bedarf eher im Bereich der Rassismuskritik und im Umgang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Im Jahr2018 führte das KI des Kreises Düren daher sechs interkulturelle Trainings durch. Neben der Schärfung interkultureller Kompetenzen waren in

Bezug auf den Elementarbildungsbereich vor allem die Demokratiebildung und die rassismuskritische Arbeit wichtig. Im Rahmen der Workshops des KI wird der Handlungsbedarf in diesen Themenbereichen abgefragt und es wird ein Angebot von Handlungs- und Argumentationstrainings vorgestellt. Darüber hinaus wurde am 12. Juli 2018 ein Workshop für Mitarbeiter*innen und Leitungen von Kitas im Kreis Düren angeboten. Zentrales Thema sind rassismussensible Kinder- und Jugendmedien und Methoden der rassismussensiblen Erziehung. Der Workshop wurde von der Projektstelle und dem KI Düren angeboten und in Zusammenarbeit mit Referentinnen der Diakonie Düsseldorf durchgeführt. Dabei wurde deutlich, dass es den Kitas häufig an entsprechenden rassismussensiblen Materialien fehlt und das Wissen über Methoden der interkulturellen Erziehung sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. Zudem äußerten die Teilnehmer Probleme im Umgang mit Eltern, bei denen rassistische Einstellungsmuster erkennbar sind. Hier gilt es den Mitarbeiter*innen weiterhin Weiter- und Fortbildungsmöglichkeiten anzubieten, um sie im Umgang mit den Kindern und Eltern zu stärken.

Im Kreis Düren gibt es mit der Volkhochschule Rur-Eifel (VHS Rur-Eifel), der Volkshochschule Jülich (VHS Jülich), der Familien- und Erwachsenenbildungsstätte der evangelischen Gemeinde zu Düren, der Erwachsenenbildungsstätte des Kirchenkreises Jülich und dem katholischen Forum für Erwachsenen- und Familienbildung in Düren fünf Erwachsenenbildungsstätten. Die Themen Rechtsextremismus und Rassismus werden dort in verschiedenem Maße behandelt. Die Familien- und Erwachsenenbildungsstätte der evangelischen Gemeinde zu Düren und das katholische Forum für Erwachsenen- und Familienbildung behandeln die Themenfelder punktuell. Integrationskurse beziehen sich in erster Linie auf Elternberatung und Sprachkurse bzw. Alphabetisierungsmaßnahmen. Es gab Mitarbeiterschulungen im Bereich interkultureller Kompetenzen. Anlaufstellen für Menschen mit Diskriminierungserfahrungen oder Hilfestellungen bei Betroffenheit von Rassismus oder rechtsextremer Gewalt spielen dabei keine Rolle. Bei der evangelischen Gemeinde zu Düren ist, wie oben erwähnt, das Zentrum für Sozial- und Migrationsberatung ansässig, das für den Themenbereich sensibilisiert ist und das in unregelmäßigen Abständen auftretende Thema bearbeitet. Zudem kooperiert das Zentrum mit dem Forum Politik, das einzelnen Veranstaltungen zu diesen Themen durchgeführt hat. Die VHS Jülich führt Veranstaltungen durch, die sich mit den Themen Rechtsextremismus, Rassismus oder Demokratiebildung beschäftigen. Die VHS Rur-Eifel bietet pro Jahr eine Veranstaltung an, die sich mit Inhalten aus diesen Themenbereichen beschäftigt. 2017 präsentierte sie die Wanderausstellung „VorBilder – Sport und Politik vereint gegen Rechtsextremismus“ im Foyer des Rathauses der Stadt Düren. Die Ausstellung soll einen Beitrag zur Aufklärung

und Sensibilisierung gegenüber Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus leisten und dazu ermutigen, Position dagegen zu beziehen[34].

Das Handlungsfeld Bildung spielte mit zahlreichen Vorschlägen eine zentrale Rolle auf dem Beteiligungsworkshop zum Konzept vom 26.05.2018, die im Folgenden dargestellt werden. Ein wichtiger Aspekt, der vielfach genannt wurde war der Ausbau der Aufklärungsarbeit an Schulen, bis hin zur Verankerung der Themen Antidiskriminierung und Extremismus in den Lehrplänen. Es gab den Vorschlag eine statistische Befragung hinsichtlich Diskriminierungserfahrungen der Schüler und Schülerinnen durchzuführen. Zudem wurde angeregt Szeneaussteiger einzuladen und für die präventive Arbeit an Schulen zu nutzen. Auch die Einbindung der Eltern durch Information- und Stärkungsangebote im Rahmen von Elternabenden spielte eine wichtige Rolle. Darüber hinaus wurde ein Bedarf an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte geäußert. Zudem wurde das Problem von rassistischen Äußerungen von und gegenüber Schülerinnen und Schülern in den sozialen Netzwerken, ebenso wie die Verrohung von Sprache und Umgangsformen im Netz insgesamt genannt. Insgesamt wird hier der Bedarf eines Bildungsangebotes vor Ort sichtbar, dass für die Schulen mit relativ geringem Aufwand nutzbar ist und Themen der Rechtsextremismus- und Rassismusprävention, wie auch der Demokratie- und Menschenrechtsbildung beinhaltet. Dies soll ab 2019 von der Projektstelle angeboten und beworben werden und in Kooperation mit externen Referent*innen und Akteuren vor Ort (z.B. aus zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Migrantenorganisationen) angeboten werden. In die Erstellung eines Bildungsangebotes sollen auch Maßnahmen der historisch-politischen Bildung, vor allem im Hinblick auf eine veränderte Erinnerungskultur, einfließen.

f. Erinnerungskultur

Um dem Missbrauch durch rechtsextreme Gruppen und Akteure entgegenzutreten und die Erinnerungskultur im Hürtgenwald zu pluralisieren und zu professionalisieren, sind mittlerweile erste Maßnahmen eingeleitet worden. 2015 und 2016 hat der Hürtgenwald als Pilotprojekt ein „Moratorium“ abgehalten. Zunächst wurde eine Bestandsaufnahme der Gedenk- und Erinnerungsobjekte der Region mit Bezug zum Zweiten Weltkrieg durchgeführt. Auf der Grundlage dieser Sammlung wurde daraufhin reflektiert, welche Botschaften an diesen Orten und Objek-

[34] Bundesministerium des Inneren (2015), VorBilder. Sport und Politik vereint gegen Rechtsextremismus. Handreichung für die schulische und außerschulische Jugendarbeit, S. 5.

ten transportiert werden wird und inwiefern sich diese sinnstiftend auf die Region auswirken. Anschließend wurde ein Handlungskatalog mit verschiedenen Empfehlungen erstellt, der im Juni 2017 übergeben wurde. Die Empfehlungen können über die Internetseite der Gemeinde Hürtgenwald abgerufen werden[35]. Das zentrale Anliegen ist es, die „Erinnerungslandschaft Hürtgenwald“ mit der Zielperspektive 2019/2020 zu einem Landschaftsmuseum weiterzuentwickeln. Hierzu wurde von Vogelsang IP eine Projektskizze „ Landschaftsmuseum Hürtgenwald 1944/45 und Programm 2019/2020“ entworfen. Diese wurde der Landeszentrale für politische Bildung zur Förderung eingereicht. Zur Vorbereitung wurden am 13. Juli 2018 und am 12. Oktober 2018 zwei Workshops durchgeführt, um die Region an diesem Prozess zu beteiligen. Die Projektstelle beteiligt sich an diesem Prozess und bringt die zentralen Themen der Rechtsextremismus- und Rassismusprävention ein.

Im Kreis Düren gibt es zahlreiche Geschichtsvereine, die sich mit teilweise unterschiedlichen Schwerpunkten beschäftigen und in unterschiedlichem Maße aktiv sind. Diese sollen bei der Durchführung von Maßnahmen der historisch-politischen Bildungsarbeit und der Gedenkstättenpädagogik unterstützt und ggfs. eingebunden werden. Insgesamt ist bei den ehrenamtlich Aktiven, in den Geschichtsvereinen ein großes Wissen über die Geschichte der Stadt Düren und der Kommunen des Kreises Düren vorhanden, dass für die Bildungsarbeit und die Pluralisierung der Erinnerungskultur genutzt werden kann.

In Jülich gibt es die „Jülicher Gesellschaft gegen das Vergessen und für Toleranz e.V.“, die sich Gleichberechtigung, Menschenrechte und gegen Diskriminierung einsetzt. Der Verein führt am 9. November und am 27. Januar regelmäßige Gedenkveranstaltungen durch, um den Opfern des Nationalsozialismus zu gedenken. Zudem hat die Jülicher Gesellschaft die Errichtung eines Mahnmals zum Gedenken an die Verfolgung und Ermordung der Mitbürger jüdischen Glaubens aus dem Jülicher Land gefördert. Das Mahnmal befindet sich auf dem Probst-Bechte-Platz in Jülich.

Das Bertram-Wieland-Archiv für die Geschichte der Arbeiterbewegung e.V. ist ein Verein, der sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung im Rheinland beschäftigt und bereits zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt hat. Schwerpunkte sind die Geschichte der regionalen und lokalen Arbeiterparteien und –organisationen, Biografisches zu Personen der regionalen Arbeiterbewegung und die Verfolgung der Arbeiterbewegung durch die Nazis, sowie der Widerstand gegen den Faschismus. Der Verein organisiert u.a. Vorträge zu bestimmten Themenschwerpunkten, Ausstellungen und Gedenkstättenfahrten.

6. Handlungsziele und Handlungsempfehlungen

a. Politik, Behörden, Polizei

Handlungsziel 1: Extrem rechte Strukturen und Erscheinungsformen, die im Kreisgebiet aktiv sind, sind den Mitarbeitern in Politik, Verwaltung und Polizei im Kreis Düren bekannt. Diese können vor Ort adäquat auf Bedrohungen durch Rechtsextremisten reagieren.

Empfehlung: Es sollte ein regelmäßiger Austausch und Information der Mitarbeiter*innen in Politik, Behörden und Polizei über extrem Rechte Erscheinungsformen, die im Kreis Düren aktiv sind stattfinden. Dies kann über die Einladung von externen Expert*innen und durch die Projektstelle abgedeckt werden.

Handlungsziel 2: Der Kreis Düren beteiligt sich an überregionalen Aktionswochen und Projekten, um eine ständige Auseinandersetzung mit den Themen Rechtsextremismus und Rassismus zu gewährleisten.

Empfehlung: Die Stadt Düren sollte sich im Rahmen einer Selbstverpflichtung an der „europäischen Städtekoalition gegen Rassismus“ beteiligen, um eine nachhaltige Auseinandersetzung mit Rassismus zu gewährleisten.

Handlungsziel 3: Es findet ein regelmäßiger Austausch mit angrenzenden Kreisen statt, um auf überregionale Entwicklungen der rechtsextremen Szene reagieren zu können.

Empfehlung: Es sollte ein regelmäßiger Austausch mit den angrenzenden Kreisen Euskirchen, Heinsberg und Städteregion Aachen stattfinden, um auf überregional aktive Gruppierungen und Entwicklungen besser reagieren zu können. Das NRWelotffen-Netzwerk kann hier den Ausgangspunkt darstellen.

Handlungsziel 4: Mitarbeiter*innen in Behörden kennen Handlungsstrategien um institutionellem Rassismus vorzubeugen und ggfs. entgegenzuwirken.

Empfehlung: Es sollte ein verbindliches Informations- und Weiterbildungsangebot für Mitarbeiter*innen in Behörden des Kreises Düren geben, um institutionellem Rassismus vorzubeugen.

Handlungsziel 5: Politische Entscheidungsträger*innen und Mitarbeiter*innen in Behörden und Polizei können angemessen auf rechtsextreme, rechtspopulistische und rassistische Äußerungen reagieren.

Empfehlung: Es sollte ein Angebot von Handlungs- und Argumentationstrainings für politische Entscheidungsträger und Mitarbeiter*innen in Behörden geben, um sie im Umgang mit rassistischen und diskriminierenden Äußerungen zu stärken.

b. Zivilgesellschaft, Bündnisse, Vereine, Sport

Handlungsziel 1: Alle Bündnisse gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Kreis Düren werden in die Konzeptumsetzung einbezogen. Die Bündnisse sind untereinander vernetzt und können voneinander profitieren.

Empfehlung: Es sollten regelmäßige Netzwerktreffen der ehrenamtlichen Bündnisse im Kreis Düren stattfinden. Die Bündnisse sollten in die Umsetzung des Handlungskonzeptes eingebunden werden.

Handlungsziel 2: Die Perspektiven von (potentiell) Betroffenen von Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung im Kreis Düren, werden bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen einbezogen.

Empfehlung: Der Dachverband der Migrantenorganisationen im Kreis Düren und weitere Migrantenorganisationen sollten in die Konzeption, Planung und Umsetzung von Maßnahmen einbezogen werden.

Handlungsziel 3: Verschiedene Akteure, auch über kommunale Grenzen hinaus, werden kooperieren. Projekte, die in einer Kommune gut funktioniert haben, werden im Sinne von „best practice“ in andere Kommunen übertragen.

Empfehlung: Akteure aus der Zivilgesellschaft, Vereinen und Sportvereinen sollten bei der Planung und Umsetzung von Aktivitäten durch die Projektstelle unterstützt werden. Die Projektstelle sollte „best-practice“ Beispiele in anderen Kommunen vorstellen und Kooperationen initiieren.

Handlungsziel 4: Bündnisse gegen Rechts und Bündnisse und Akteuren in angrenzenden Kreisen kooperieren enger miteinander, um auf entsprechende Aktivitäten der extrem rechten Szene besser reagieren zu können.

Empfehlung: Auch die zivilgesellschaftlichen Bündnisse im Kreis Düren sollten in die Netzwerkstruktur der NRWeltoffen-Stellen im Regierungsbezirk Köln einbezogen und über Kreisgrenzen hinaus vernetzt werden, um besser auf überregional aktive Gruppierungen und Entwicklungen reagieren zu können.

Handlungsziel 5: In den Vereinen und Sportvereinen des Kreises Düren wird ein sensibler Umgang mit Erscheinungsformen der extrem rechten Szene, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gepflegt.

Empfehlung: Die Kooperation mit dem KSB Düren sollte für eine Verankerung der Projektinhalte in den Sportfachverbänden des Kreises genutzt werden. Grundlage hierfür sind die selbst gesetzten Ziele des Kreissportbundes (siehe Infokasten auf Seite 35)

c. Beratungsstrukturen

Handlungsziel 1: Regionale und überregionale Beratungsangebote und Anlaufstellen für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind den Migrationsfachdiensten, weiteren Regeldiensten im Kreis Düren bekannt. Dies gilt ebenfalls für Aussteigerprogramme.

Empfehlung: Informationen über regionale und überregionale Beratungsangebote und Anlaufstellen für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sollten den lokalen Beratungsstellen besser bekannt gemacht werden. Die Projektstelle sollte entsprechende Informationen zur Verfügung stellen.

Beratungsstellen für (potentielle) Aussteiger aus der rechten Szene sollten den lokalen Beratungsstellen bekannt sein. Die Projektstelle sollte entsprechende Informationen zur Verfügung stellen.

Handlungsziel 2: Es gibt ein Konzept zum Umgang mit rassistischer Diskriminierung in der Migrationsfachberatung. Für die Betroffenen wurde Transparenz der Angebote hergestellt. Beratungsstellen im Bereich Migration und Integration im Kreis Düren sind für Probleme von Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt sensibilisiert und vermitteln ggfs. an überregionale Anlaufstellen.

Empfehlung: Öffentlichkeitsarbeit für Beratungsangebote im Hinblick auf rassistische Diskriminierung sollte intensiviert werden. Eine Arbeitsgruppe mit Vertreter*innen von Beratungsstellen sollte ein gemeinsames Konzept entwickeln. Informationsangebote sollten in verschiedenen Sprachen zur

Verfügung gestellt werden. Die Angebote sollten niemanden aufgrund von Sprache ausschließen.

Handlungsziel 3: Die Kooperation mit regionalen und überregionalen Antidiskriminierungsstellen ist etabliert und wird bedarfsgerecht genutzt.

Empfehlung: Es sollte eine stärkere Kooperation mit dem Gleichbehandlungsbüro Aachen geben, um die Antidiskriminierungsarbeit im Kreis Düren auszubauen. Die Projektstelle sollte einen regelmäßigen Austausch ermöglichen und in die Antidiskriminierungsarbeit integrieren.

Handlungsziel 4: Mitarbeiter*innen in Beratungsstellen im Kreis Düren können angemessen auf rechtsextreme, rechtspopulistische und rassistische Äußerungen reagieren.

Empfehlung: Es sollte ein Informations- und Weiterbildungsangebot für Mitarbeiter*innen in Beratungsstellen des Kreises Düren geben, um institutionellem Rassismus vorzubeugen.

Es sollte ein Angebot von Handlungs- und Argumentationstrainings für Mitarbeiter*innen in Beratungsstellen des Kreises Düren geben, um auf rassistische und rechtsextreme Äußerungen reagieren zu können.

d. Jugendarbeit

Handlungsziel 1: Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wird verstärkt in den Netzwerkstrukturen der Jugendarbeit im Kreis Düren verankert.

Empfehlung: Die Projektstelle sollte Netzwerkstrukturen der Jugendarbeit in den kreisangehörigen Kommunen aufsuchen. Materialien zur Rechtsextremismus- und Rassismusprävention mit Jugendlichen sollten bereitgestellt werden.

Handlungsziel 2: Mitarbeiter*innen der offenen und mobilen Jugendarbeit sind in der Lage auf rassistische Diskriminierung und rechtsextreme Äußerungen und Vorfälle angemessen zu reagieren.

Empfehlung: Gemeinsam mit den Jugendämtern aus Stadt und Kreis Düren sollten verbindliche Fort – und Weiterbildungsangebote für Mitarbeiter*innen der Jugendeinrichtungen organisiert und angeboten werden.

Handlungsziel 3: Es gibt ein Angebot an Bildungsformaten der Rechtsextremismus- und Rassismusprävention, die in den Jugendeinrichtungen im Kreis Düren durchgeführt werden können. Bei der Konzipierung eines Angebotes wird auch das Konzept der GMF berücksichtigt. Bereits vorhandene Best-Practice-Beispiele werden unterstützt und anderen Einrichtungen vorgestellt.

Empfehlung: Die Jugendeinrichtungen im Kreis Düren sollten vor Ort auf ein Angebot von Bildungsformaten der Rechtsextremismus – und Rassismusprävention zugreifen können. Die Projektstelle sollte in Kooperation mit den jeweiligen Einrichtungen diese Formate anbieten und bei Bedarf durchführen. Dabei sollte, je nach Bedarf, auch das Konzept der GMF und die historisch-politische Bildung Berücksichtigung finden. Dabei sollten bereits vorhanden Best-Practice-Beispiele berücksichtigt werden.

Handlungsziel 4: Die Themen Rechtsextremismus- und Rassismusprävention werden durch Einbezug des Projektes NRWeltoffen in entsprechende Veranstaltungen der Jugendämter von Stadt und Kreis Düren eingebracht.

Empfehlung: Die Projektstelle sollte stärker mit den Mitarbeiter*innen der Jugendämter und den Jugendeinrichtungen kooperieren um die Rechtsextremismus- und Rassismusprävention vermehrt in gemeinsame Veranstaltungen einzubringen und Nachhaltigkeit herzustellen.

e. Schulen, Kitas, Erwachsenenbildung

Handlungsziel 1: In den Schulen und Kitas im Kreis Düren findet ein sensibler Umgang mit Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit statt.

Empfehlung: Schulen im Kreis Düren sollten dazu ermutigt werden sich um die Auszeichnung „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ zu bemühen und eine demokratische Kultur in der Schule zu stärken.

In einer Kooperation der Projektstelle mit dem KI Düren sollte eine Sammlung von Kontaktpersonen für „SoR-SmC“ an den Netzwerkschulen im Kreis erfolgen und regelmäßige Netzwerktreffen zur Weiterentwicklung und Belebung der antirassistischen Arbeit an Schulen zu stärken. Die Bezirksschülervertretung und betroffene Schülerinnen und Schüler werden mit einbezogen.

Handlungsziel 2: Es gibt vor Ort ein Angebot an Bildungsformaten für weiterführende Schulen im Kreis Düren. Das Angebot ist den Schulen bekannt und wird genutzt.

Empfehlung: Die Projektstelle sollte gemeinsam mit dem Kommunalen Integrationszentrum, dem schulpsychologischen Dienst und dem Kompetenzteam Schule ein Angebot von Workshops und anderen Bildungsformaten für Schulen im Kreis Düren anbieten, bei den Schulen dafür werben und entsprechende Formate durchführen. Ehrenamtliche Bündnisse und Migrantenorganisationen sollten in diesen Prozess einbezogen werden, um ggfs. Multiplikator*innen zu identifizieren und für die Bildungsarbeit an Schulen zu befähigen.

Handlungsziel 3: Die rassismuskritische Perspektive wird in den Netzwerkstrukturen der Kitas im Kreis Düren berücksichtigt. Entsprechende regelmäßige Fort- und Weiterbildungsangebote werden für die Mitarbeiter*innen der Kitas in Kooperation mit dem KI Düren angeboten.

Empfehlung: Die Themen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sollten in die Netzwerkstrukturen der Kitas im Kreis Düren eingebracht werden. Es sollte ein Fort- und Weiterbildungsangebot für Mitarbeiter*innen der Kitas im Kreis Düren, entwickelt und regelmäßig angeboten werden.

Handlungsziel 4: Die Erwachsenenbildungsstätten im Kreis bieten regelmäßig Module und Inhalte aus den Bereichen Rechtsextremismus- und Rassismusprävention, sowie Demokratiestärkung und Menschenrechtsbildung an.

Empfehlung: Die Projektstelle sollte einen Pool an möglichen Inhalten der Rechtsextremismus- und Rassismusprävention, der Demokratiestärkung und Menschenrechtsbildung erstellen, die entsprechende Referent*innen enthält und den Erwachsenenbildungsstätten zur Verfügung gestellt wird. Neue Formate und innovative Ideen werden erprobt und ggf. verstetigt.

Handlungsziel 5: Bibliotheken und Büchereien im Kreis Düren werden mit Literatur zum Thema Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ausgestattet.

Empfehlung: In Zusammenarbeit mit der Projektstelle sollte eine Literaturliste angefertigt und die Bibliotheken je nach Bedarf ausgestattet werden.

f. Öffentlichkeitsarbeit

Handlungsziel 1: Rassismus wird als gesamtgesellschaftliches Phänomen wahrgenommen und in den jeweiligen Handlungsfeldern regelmäßig thematisiert.

Empfehlung: Der Kreis Düren sollte eine Positionsbestimmung zu dem Umgang mit Rassismus erstellen, um Alltagsrassismus und institutionellen Rassismus vorzubeugen und sich nach außen und innen klar zu positionieren.

Handlungsziel 2: Es gibt ein breites Informationsangebot über aktuelle Erscheinungsformen, Inhalte und Symboliken der extremen Rechten. Dabei werden bereits bestehende Angebote und Informationsportale genutzt.

Empfehlung: Die Projektstelle sollte in enger Kooperation mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Köln und den angrenzenden NRWeltoffen Projekten Informationen über regionale und überregionale Erscheinungsformen der rechtsextremen Szene sammeln. Diese Informationen sollten im Rahmen einer umfassenden Öffentlichkeitsarbeit öffentlich gemacht werden.

Handlungsziel 3: Beratungsstrukturen für Betroffene von extrem rechter Gewalt und Rassismus sind den Betroffenen bekannt. Betroffene kennen das Formular zur Meldung von Diskriminierungsvorfällen.

Empfehlung: Es sollte eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zu Beratungsangeboten für Betroffene von extrem rechter Gewalt und Rassismus und für das Formular zur Meldung von Diskriminierungsvorfällen erfolgen, damit Betroffene die entsprechenden Meldestellen nutzen können.

Handlungsziel 4: Die Angebote an Bildungsformaten der Projektstelle für Schulen und Jugendeinrichtungen sind bekannt und werden genutzt

Empfehlung: Es sollte eine breite Öffentlichkeitsarbeit für die Angebote an Bildungsformaten der Projektstelle für Schulen und Jugendeinrichtungen geben.